

# Lutherische Welt-Information

1503

## Aus dem Inhalt

- Mut zum Sein – Ostergedanken..... 3
- Namibia begrüsst weltweite lutherische  
Gemeinschaft..... 4
- Wie Jesus das Schweigen brechen..... 11
- Schulbeginn in Maban ..... 15



Emeritierte Bischof Dr. Zephania Kameeta. Photo: LWB/H. Martinussen

## Angesehene lutherische Führungspersönlichkeit erhält Sitz im namibischen Kabinett

**Windhuk (Namibia)/Genf, 25 März 2015 (LWI)**

– Am 21. März, dem 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Namibias, wurde ein bekannter Lutheraner ins Landeskabinett berufen.

Der emeritierte Bischof Dr. Zephania Kameeta, ein langjähriger Fürsprecher für die Rechte benachteiligter und armer Namibierinnen und Namibier, wurde von Präsident Hage Geingob zum Minister für die Beseitigung der Armut und soziale Wohlfahrt ernannt.

Namibia hat eine starke Bindung zum Luthertum, und der LWB hat drei Mitgliedskirchen im Land. Im Mai 2017 werden die namibischen Mitglieds-

kirchen des LWB Gastgeberinnen der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, der grössten Versammlung von Lutheranerinnen und Lutheranern, sein.

Kameeta, der für seine Bemühungen, die weit verbreitete Armut im Land zu beseitigen, viel Lob erhielt, ist ein klarer Befürworter von Konzepten zur Verteilung von Barmitteln und insbesondere des bedingungslosen Grundeinkommens in Namibia, mit dem Armut und Ungleichheit verringert werden sollen.



LUTHERISCHER  
WELTBUND

Eine Kirchengemeinschaft

Fortsetzung auf Seite 3

# Aus dem Inhalt

## Communio

- 1 .....Angesehene lutherische Führungspersönlichkeit erhält Sitz im namibischen Kabinett
- 3 ..... [Mut zum Sein](#)
- 4 ..... Namibia begrüsst weltweite lutherische Gemeinschaft
- 5 ..... [Gottesdienst-Planung für LWB-Vollversammlung 2017 beginnt](#)
- 6 ..... Christlichen Einfluss für den Frieden in Nahost nutzen
- 7 ..... [LWB unterstützt Erklärung über humanitäre Grundsätze](#)
- 8 ..... LWB-Diakoniegruppe beschliesst Solidaritätsaktion für die Ukraine
- 9 ..... [Führungsverantwortung von jungen Menschen in Indien stärken](#)
- 11 ..... Wie Jesus das Schweigen brechen
- 12 ..... [„Nicht Mangel, sondern Ungerechtigkeit“](#)
- 13 ..... Interreligiöse Zusammenarbeit fördert Religions- und Meinungsfreiheit

## Features & Themen

- 15 ..... Schulbeginn in Maban
- 16 ..... [Informatik-Kurse im Flüchtlingslager Ajuong Thok](#)
- 17 ..... Eine Investition in die Zukunft
- 18 ..... [„Gebildete Frauen sind der Schlüssel zu Entwicklung und Frieden“](#)
- 20 ..... LWB-Projekt stärkt Frauen in Haiti

## Kurznachrichten

- 2 ..... Menschenrechte in Myanmar und Nepal

### Menschenrechte in Myanmar und Nepal

Mitte März hat der LWB auf Einladung des UN-Menschenrechtsrates Berichte (parallel reports) zur Situation in Myanmar und Nepal abgegeben. Darin berichtet er über den mangelhaften Zugang besonders benachteiligter Gruppen zu Trinkwasser, Land und Nahrung, Diskriminierung bei Bildungsangeboten und Schwierigkeiten bei der Registrierung.

Die Menschenrechte von benachteiligten Gruppen in Myanmar und Nepal ist eines der wichtigsten Aufgabengebiete der LWB-Arbeit in den beiden Ländern. „Allgemein gesagt haben die Gemeinschaften, mit denen wir arbeiten, nicht einmal Zugang zu den Dingen die sie am nötigsten brauchen: wie Land und Wasser“, berichtet der Report über Myanmar. In Nepal wird insbesondere eine bessere Beteiligung von Frauen, Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderung angemahnt.

„Dalit („Unberührbare“), Menschen mit Behinderungen, frühere Schuldknechte, die eingeborene Bevölkerung und Muslime leben in Nepal weiterhin am Rand der Gesellschaft“, so der Bericht.

Das LWB-Weltdienstprogramm in Myanmar besteht seit 2009, in Nepal ist die Kirchengemeinschaft seit mehr als 30 Jahren tätig. Die Erkenntnisse aus den Berichten fliessen ein in die regelmässige Begutachtung der Menschenrechtssituation (Universal Periodical Review) des UN-Menschenrechtsrates. Mit diesem Mechanismus wird jedes Land einmal in viereinhalb Jahren überprüft, die anderen Mitgliedsländer geben Empfehlungen, wie die jeweilige Regierung die Situation im Land verbessern kann. Die Konsultation zu Nepal und Myanmar findet im Herbst diesen Jahres statt.

**Lutherischer Weltbund** –  
eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney  
Postfach 2100  
CH-1211 Genf 2  
Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11  
Fax: +41/22-791 66 30  
E-Mail: [info@lutheranworld.org](mailto:info@lutheranworld.org)  
[www.lutheranworld.org](http://www.lutheranworld.org)

#### Leiterin des Kommunikationsbüros

Heidi Martinussen  
[hpm@lutheranworld.org](mailto:hpm@lutheranworld.org)

#### Deutsche Ausgabe

Herausgegeben gemeinsam mit dem Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)

#### Layout

Stéphane Gallay  
[sga@lutheranworld.org](mailto:sga@lutheranworld.org)

#### Vertrieb/Abonnement

Colette Muanda  
[cmu@lutheranworld.org](mailto:cmu@lutheranworld.org)

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder.

Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.

Der LWB zeigte sich mit Namibia während dessen Bestrebungen nach Unabhängigkeit solidarisch. Abgesehen von der Tatsache, dass der LWB die erste grosse konfessionell gebundene Vereinigung war, die Apartheid nicht länger als Glaubensangele-

genheit betrachtete, unterstützte die Organisation auch Flüchtlinge, die das Land verliessen, stellte hunderte Stipendien für Namibierinnen und Namibier bereit, die ansonsten keinen Zugang zu höherer Bildung gehabt hätten, fungierte als Informationsquelle zur Situation in Namibia und

half Flüchtlingen nach 1990 bei der Rückkehr in ihre Heimat.

Der 69-jährige Kameeta ist Mitglied der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia und Mitglied des LWB-Rates. Er spricht mit LWI über seinen Ansichten zur Zukunft des Landes.

## Mut zum Sein

### Ostergedanken von Pf. Silvio Schneider

An einem Sonntagnachmittag vor einigen Wochen besuchten die Teilnehmer des Vorbereitungskomitees der Zwölften LWB-Vollversammlung drei Friedhöfe in Windhuk, um etwas über die Geschichte der Befreiung Namibias zu lernen.

Der erste Friedhof war gut gepflegt. Er war für die weiße Bevölkerung bestimmt. In der Zeit der Apartheid wohnte diese in einem Villenviertel, das bis heute ironisch "Beverly Hills" genannt wird.

Da die Einheimischen gewaltsam gezwungen worden waren, sich in einem abgesonderten Bereich an der Peripherie der Stadt anzusiedeln, mussten sie auch ihren eigenen Friedhof haben. Er sieht nicht so schön aus, wird aber immerhin von der Kommune instand gehalten. Die Menschen, die in seiner Umgebung wohnten, waren Söhne und Töchter aus Mischehen oder aus Beziehungen der Vertreter der Kolonialmacht mit einheimischen Frauen.

### „Wo niemand wohnen möchte“

Geht man noch etwas weiter aus der Stadt hinaus, findet man schliesslich den Friedhof der armen Afrikaner. Er befindet sich in der Gemeinde Katutura, das bedeutet „der Ort wo niemand wohnen möchte“. Am Eingang des Friedhofs sieht man ein Massengrab. Am 10. Dezember 1959 wurden 12 Namibier erschossen, weil sie sich geweigert hatten, noch weiter umzuziehen. Sie wurden Opfer der Gewalt



Gedenkstein für die zwölf ermordeten Herero auf dem Friedhof in Windhuk. Photo: LWF/ H. Martinussen

des Apartheidsregimes. Ihr Grab ist heute ein Denkmal, sie selbst werden als Helden verehrt. Sie haben ihr Leben geopfert um die menschliche Würde zu bezeugen und auf diese Weise dazu beigetragen, dass Namibia vor 25 Jahren unabhängig wurde.

Der Versuch, Menschen auch noch nach dem Tod unterschiedlich einzustufen und sie zu trennen – heute mehr nach ihren sozialen Status, damals wegen ihrer Hautfarbe und Kultur – gehört zu einer Überzeugung, dass der Tod und alles was mit ihm verbunden ist das letzte und entscheidende Wort hat. Diese Trennung steht für die Überzeugung, dass ein Land und seine Menschen durch Gewalt und Terror regiert werden können.

Gleichzeitig wurde den Besuchern aber auch vom Beitrag der Christen und der weltweiten Begleitung und

Unterstützung der Ökumene an der Befreiung und dem Aufbau des Landes erzählt. Der Glaube an Christus hat Hoffnung und Stärke erweckt. Der Glaube an den auferstandenen Christus, hat den Tod besiegt und Frieden und Gerechtigkeit als Gottes Wille für alle Menschen bestätigt.

Die Osterbotschaft wird durch das erste urchristliche Bekenntnis bekannt gegeben: Jesus Christus lebt. Er ist gestorben und war begraben, doch die Hand Gottes holte ihn ins Leben zurück. Er ist auferstanden (1.Kor 15:3-5). Der Herr ist auferstanden.

### Eine andere Wirklichkeit

Mit dieser Botschaft ist eine andere Wirklichkeit in diese Welt herein gebrochen. Diese Wirklichkeit Gottes schenkt eine wunderbare Lebenszu-

versicht und eine wirksame, kraftvolle Hoffnung. Sie schenkt dem Glauben den Mut, nie aufgeben sondern dem Leben zu vertrauen. An den Grenzen des Lebens und in allen Situationen, wo Leiden und Lebensgefahr auf den Tod als letzte Grenze hinzeigen, lautet das Bekenntnis vom Sieg des Lebens über den Tod: Er ist auferstanden! Christus lebt!

Mit der Auferstehung Jesu ist auch uns gegeben, gelassener und vertrauter mit unseren eigenen Begrenzungen umzugehen, in dem Bewusstsein, dass wir nicht für immer auf dieser Erde sind. Und wenn wir hingehen können wir uns tragen lassen wie Lazarus (Lukas 16, 22), auf Händen getragen, damit "dein Fuß nicht an einen Stein stosse" (Psalm 91, 12) und sich niemand in der Richtung irrt. Denn, so sagt der Auferstandene:

Es geht zum Vater! Bei ihm laufen alle Wege zusammen. Der Schöpfer erwartet zurück, was sein ist. Der uns in diese Welt gesetzt hat, der holt uns auch heim. Der Himmel ist kein Ort, der Himmel ist eine Person: wir versammeln uns an der Quelle des Lebens, bei Gott.

### Der Beginn der Ewigkeit

"Er ist auferstanden!" Der Sieg des Lebens über den Tod ist eine außergewöhnlich frohe Botschaft! Sie will uns tragen, ermutigen, und hoffen lassen. Es ist der Anbruch des Himmelreichs in dieser Welt, der Beginn der Ewigkeit in dieser Zeit. Seit der Zeit, als Jesus predigte und lehrte, Wunder tat und den Menschen die Liebe Gottes vorlebte, hat die Bewegung für das Leben und gegen den Tod eingesetzt.

Jesus lebt! Er ist auferstanden! Dennoch sind die tödlichen Gefahren weiterhin gegenwärtig. Das Leid der Menschen in unserer Nähe und in der Ferne trifft uns bis ins Herz. Und doch ist da die kaum zu begreifende Hoffnung und Lebenszuversicht, die sich immer wieder durchsetzt. Nämlich: dass es gut wird mit uns und unserer Welt, daß Gott es gut mit uns meint. Es geht um den Mut zum Sein, auch wenn die Lage noch so ausweglos erscheint.

Das ist die Wahrheit, die seit jenem Ostermorgen unverbrüchlich gilt. Das dürfen wir glauben. Voller Furcht, voller Zittern, wie damals die Frauen am Grab Jesu, und dennoch mit großer Freude.

*Pf. Silvio Schneider ist der Interimsdirektor der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME).*

## Namibia begrüßt weltweite lutherische Gemeinschaft

### Öffentliches Symposium zur LWB-Vollversammlung

**Windhuk, Namibia (LWI)** – „Gnade braucht immer einen Kontext, um Veränderungen zu erreichen“, sagte der namibische Bischof Burgert Brand auf einem öffentlichen Symposium, das gemeinsam von den lutherischen Kirchen des Landes und dem Lutherischen Weltbund (LWB) in Windhuk veranstaltet wurde.

Über 300 Menschen, darunter Mitarbeitende von Botschaften, Geistliche und Gäste der lutherischen und anderer Kirchen, haben an der Veranstaltung am 16. März teilgenommen. Das Symposium stand unter dem Motto „Befreit durch Gottes Gnade“. Die Vereinte Kirchenleitung der lutherischen Kirchen Namibias (UCC-NELC) und der LWB haben das Symposium im Kontext der Einladung der lutherischen Kirchen in Namibia organisiert, die Vollversammlung des LWB im Mai 2017 in Windhuk auszurichten.

Die 12. Vollversammlung wird ebenfalls im Zeichen des 500. Refor-



*Altbischof Dr. Zephania Kameeta, ELKIN, auf dem Symposium. Foto: LWB/H. Martinussen*

mationsjubiläums stehen. Es werden rund 700 Gäste aus zahlreichen Ländern weltweit erwartet. Sie sind Mitglieder der 144 LWB-Mitgliedskirchen, die wiederum mehr als 72 Millionen Menschen lutherischen Glaubens

repräsentieren. Zu den Symposiumsdelegierten gehörten Mitglieder des Planungsausschusses für die Vollversammlung, der vom 14. – 18. März seine zweite Tagung zur Vorbereitung der Versammlung durchgeführt hat.

## Weltweite Solidarität

Im Namen der UCC-NELC hat sich Brand als Leiter der deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Kirche in Namibia beim LWB für die Unterstützung der lutherischen Kirchen in Namibia bedankt. Der LWB hatte abgelegene Gemeinden während der letzten Dürreperiode mit dem Notwendigsten versorgt.

„Der LWB ist aus der heißen Asche der Zerstörung entstanden“, sagte Altbischof Dr. Zephania Kameeta von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (ELKIN) während einer Rede auf dem Symposium. Er bezog sich damit auf die Anfänge der Kirchengemeinschaft, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1947 gegründet worden war. Damals sei jedes sechste LWB-Mitglied ein Flüchtling gewesen. „Durch Gottes Gnade wandelt diese Gemeinschaft auf den Pfaden ihrer Ursprünge und hilft denen, die der Hilfe bedürfen“, sagte Kameeta, der ebenfalls Mitglied des LWB-Rates ist.

Kameeta lobte die Solidarität der weltweiten lutherischen Gemeinde und erklärte: „Die Gebete der Männer und Frauen und der Kinder in den Sonntagsschulen wurden erhört, die Solidarität des LWB hat unser Leben gerettet. Wir danken Gott, dass die Vollversammlung nach Namibia kommt.“

Der ehemalige Bischof der ELKIN erinnerte das Symposium an die Reisebeschränkungen vor der Unabhängigkeit 1990. „Es war die totale Isolation“, sagte Kameeta. „Aber jetzt kommt die ganze Welt nach Namibia. Ist das kein Grund zur Freude?“ Und fügte hinzu: „Alle sind herzlich willkommen.“

## Solidarität weitergeben

„Wir sind zu den Menschen Namibias mit der solidarischen Verpflichtung gekommen, das namibische Volk in seinem Kampf für Gerechtigkeit und Würde zu unterstützen“, sagte LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge in seiner Rede vor Gästen des Symposiums. „Deshalb standen wir im

Unabhängigkeitskampf an Ihrer Seite, und deshalb haben wir Ihnen nach Erreichen der Unabhängigkeit beim Aufbau des Nationalstaates geholfen.“

Junge wies darauf hin, dass der LWB durch die Wahl Namibias als Ort für die Vollversammlung jetzt die Solidarität weitergebe, die er in der Vergangenheit selbst erfahren habe. „Als wir 1947 mit unserer Arbeit angefangen haben, war es Namibia, das eines der ersten Nothilfepakete für Flüchtlinge nach Europa geschickt hat“, sagte Junge. „In einer Gemeinschaft geht es um Geben und Nehmen. Dieses Nothilfepaket hat sich millionenfach multipliziert und wird heute um die ganze Welt gesandt“, fügte er hinzu. Solidarität könne man nicht zurückzahlen, sondern nur weitergeben.

Die Vollversammlung als das höchste Entscheidungsgremium des LWB findet vom 10. – 16. Mai 2017 statt. In ihrem Rahmen werden auch an einem Tag ein Gottesdienst und Festlichkeiten zur Feier des 500. Reformationsjubiläums stattfinden.

# Gottesdienst-Planung für LWB-Vollversammlung 2017 beginnt

## Bibelarbeiten, Gebete und Lieder aus sieben Regionen

**Genf (LWI)** – Der Internationale Ausschuss zur Planung der Gottesdienste für die Zwölfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbunds hat mit seinen Beratungen zum spirituellen Leben und den Gottesdiensten während der nächsten LWB-Vollversammlung begonnen. Die Vollversammlung findet vom 10. bis 17. Mai 2017 in Windhuk, Namibia, statt. Gastgeber sind die drei LWB-Mitgliedskirchen in Namibia.

Das achtköpfige Team aus LiturgInnen, KirchenmusikerInnen und PfarrerInnen aus den sieben LWB-Regionen, zwei Beratern und LWB-Mitarbeitenden, traf sich vom 2. bis 6. März in Genf zu seiner ersten Tagung.

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Frage, wie das Vollversammlungsthe-



Teilnehmende an der ersten Tagung des Planungsausschusses in Genf. Foto: LWB/P. Mumia

ma „Befreit durch Gottes Gnade“ mit seinen Unterthemen in den Got-

tesdiensten, Bibelarbeiten Gebeten und Liedern während der achttägigen Vollversammlung umgesetzt werden soll. Der Ausschuss suchte dazu erste Bibelstellen sowie mögliche Lieder aus verschiedenen Regionen heraus.

## Planungen zum Reformationsjubiläum

Da das Jahr der Vollversammlung mit dem 500. Reformationsjubiläum zusammenfällt, begann das Team auch damit, Gottesdienste zu Feier dieses Jubiläums zu entwerfen.

Der Internationale Ausschuss zur Planung der Gottesdienste während der Vollversammlung wurde im Juni

2014 vom LWB-Rat ernannt. Vorsitzender ist der kanadische Pfarrer Dr. Stephen Larson, der zeitweise als Pfarrer der englischsprachigen Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf und in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika tätig war.

Weitere Mitglieder sind Pfarrerin Sonia Skupch, Generalsekretärin der Evangelischen Kirche am La Plata in Argentinien; Prof. Jochen Arnold, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers (Deutschland); Pfarrerin Lilla Molnár, Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn; Karin Runow, Schwedische Kirche; Michelle Mu Le Wong, Basler Christliche Kirche Malaysias; Pfr. Seth Mesiaki Ole Sululu,

Evangelisch-Lutherische Kirche in Tansania; und Pfr. Dr. Martin Nelumbu, Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia (ELKIN).

Dem Ausschuss gehören darüber hinaus der Musik- und Chorleiter der englischsprachigen Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf, Pfr. Dr. Terry MacArthur, und der Berater der Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands, Dr. Sakari Löytty als Berater an. Löytty hatte zuvor mit der ELKIN an der Entwicklung einer neuen „afrikanischen“ Liturgie gearbeitet.

Der Planungsausschuss wird dem LWB-Rat im Juni dieses Jahres einen vorläufigen Bericht vorlegen.

# Christlichen Einfluss für den Frieden in Nahost nutzen

## Öffentlicher Vortrag von LWB-Präsident Younan in Beirut

**Beirut (Libanon)/Genf (LWI)** – In Zeiten von zunehmendem religiösen Fanatismus im Nahen Osten sind Lutheranerinnen und Christen besonders gefordert, mit Liebe und Dialogbereitschaft eine friedliche gemeinsame Zukunft zu sichern, sagte Bischof Dr. Munib A. Younan am 19. März in einem Vortrag im libanesischen Beirut.

Der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB) hielt dort einen öffentlichen

Vortrag zum Thema „Reformation und Politik“ an der kirchlichen Hochschule „Near East School of Theology (NEST)“. Sein Vortrag zum Thema „Der Beitrag von Lutheranerinnen und Lutheranern zum politischen Leben in Nahost“ war eine Antwort auf ein Referat von Dr. Margot Kässmann, der Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für das Reformationsjubiläum 2017.

Lutheranerinnen und Lutheraner versuchten nicht, die Politik zu „christianisieren“, sondern die Gesellschaft durch ihr Engagement zu verbessern, betonte Younan, gleichzeitig Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL). „Obwohl Christinnen und Christen im Nahen Osten zahlenmässig in der Minderheit sind, können wir enormen Einfluss haben. Wir sollten ihn zugunsten aller Menschen und Gemeinschaften in unserer Region nutzen.“

Die rechtsstaatliche Entwicklung sei „ein zentrales Anliegen beim Wiederaufbau des Nahen Ostens. In diesem Prozess setzten sich arabische Christinnen und Christen für eine Bürgerschaft mit gleichen Rechten und gleicher Verantwortung ein“, sagte Younan weiter.

Für Martin Luther, den Initiator der protestantischen Reformation vor 500 Jahren, wäre das Leiden, der Menschen im Irak und in Syrien ein Grund, selbst in eine solche Krise einzugreifen, erklärte der LWB-Präsident. Luther würde „die unangebrachte



Schülerinnen und Schüler aus dem Kindergarten der Evangelisch-Lutherischen Schule in Beit Sahour machen beim Lernen des arabischen Alphabets eine Pause, um für ein Foto zu posieren. Foto: ELKJHL

Unterscheidung zwischen Politik und Religion infrage stellen“, interreligiöse Verbindungen fördern und den israelisch-palästinensischen Konflikt als einen Faktor benennen, der zu religiös begründetem Fanatismus beitrage, erklärte der Bischof.

„Luther, selbst Anführer einer Minderheitenbewegung, würde uns zweifellos beipflichten, dass die Bedrohung nicht im Zusammenleben mit den ‚Anderen‘ besteht, sondern darin, dass Fanatikerinnen und Fanatiker uns verfolgen“, sagte Younan in seiner Ansprache.

Er verwies auf das historische Dokument „Vom Konflikt zur Gemein-

schaft: Gemeinsames lutherisch-katholisches Reformationsgedenken im Jahr 2017“. Diese Schrift zeige, dass Lutheranerinnen und Lutheraner in ökumenischer Verantwortung agieren wollten und Einheit, Wandel, die Kraft Jesu Christi und das gemeinsame Zeugnis betonen. „Gemeinsam zeigen wir, dass sich die Kirche Jesu Christi immer für Reformen und Erneuerung einsetzt“, sagte er.

„Die Wellen der Gewalt, die den Nahen Osten überrollt haben, haben die kleinen christlichen Gemeinschaften dort unverhältnismässig hart getroffen“, sagte Younan und fügte hinzu, dass alle Gemeinschaften potentielle

Opfer der dort weiterhin herrschenden Gewalt seien. „Lutherische Überlegungen über eine angemessenen Autorität von Kirche und Regierung können dazu beitragen, eine Form zu finden, durch die sich alle Gemeinschaften im Nahen Osten auf eine gemeinsame Zukunft hinbewegen.“

Der Bischof der ELKJHL gehört zum Leitungsgremium der NEST, einer interkonfessionellen, protestantischen Institution, die im Nahen Osten Pfarrerrinnen und Pfarrer und andere in der Kirche Tätige für den Dienst in den Kirchen und den damit verbundenen Organisationen ausbildet.

## LWB unterstützt Erklärung über humanitäre Grundsätze

### Neutralität und Unabhängigkeit bei Hilfseinsätzen

**Genf (LWI)** – Der Lutherische Weltbund (LWB) und 47 weitere Nichtregierungsorganisationen haben eine gemeinsame Erklärung über humanitäre Grundsätze angenommen. Die Erklärung ist ein gemeinsamer Beitrag zur den Konsultationen des World Humanitarian Summit am 27. Februar 2015 und wurde von den französischen Organisationen Handicap International und Action Contre la Faim initiiert.

In der Erklärung werden die humanitären Grundsätze Neutralität, Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit bekräftigt „jetzt, wo der humanitäre Sektor mit einer nie dagewesenen Zahl langwieriger und akuter humanitärer Krisen konfrontiert ist.“

Zu den in der Erklärung genannten Herausforderungen für humanitäre Organisationen gehört, dass sie „in besonders unbeständigen und unsicheren Gebieten arbeiten, in denen politische Interessen mit humanitärer Hilfe in Konflikt treten“, wodurch „die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder das Material von humanitären Organisationen gefährdet



Workshop zur Katastrophenhilfe in einer Gemeinschaft in Myanmar. In der Erklärung werden die humanitären Grundsätze Neutralität, Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit in besonders unbeständigen und unsicheren Kontexten bekräftigt. Foto: LWB Myanmar

werden“. So schränkten beispielsweise vielerorts Anti-Terror-Massnahmen den Handlungsspielraum humanitärer Akteure erheblich ein, wenn es darum geht, Partnerschaften und Projekte aufzubauen. Die Beteiligung einiger Geberstaaten an militärischen Stabilisierungseinsätzen gefährde ebenfalls die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen, weil

sie „die Grenzen zwischen politischen, militärischen und humanitären Zielen verwischt“, heisst es in der Erklärung.

In der u. A. vom ACT-Bündnis und weiteren Partnern des LWB wie Diakonie Katastrophenhilfe, DanChurch Aid, FinnChurchAid, Norwegian Church Aid und Islamic Relief Worldwide unterzeichneten Erklärung wird insbesondere betont, dass die Finanzierung

humanitärer Arbeit unabhängig von staatlichen oder institutionellen Interessen erfolgen sollte. Sie solle allein auf den von humanitären Akteuren ermittelten Bedürfnissen beruhen.

„Hilfseinsätze sollten weder als Bedrohung staatlicher Souveränität gesehen werden, noch sollten humanitäre Notwendigkeiten unter dem

Vorwand der nationalen Souveränität untergraben werden“, schliesst die Erklärung.

Gegenwärtig führt der LWB Nothilfeaktionen und Entwicklungsprogramme in 24 Ländern durch. Dazu gehören die Zentralafrikanische Republik, Südsudan, Irak und Syrien, die von den Vereinten Nationen in die

Kategorie der schwersten humanitären Krisen (Notlage der Stufe 3) eingestuft wurden.

**Lesen Sie die Erklärung (auf English) hier.** [www.lutheranworld.org/sites/default/files/Joint\\_Statement\\_on\\_humanitarian\\_principles\\_WHS\\_20150213.pdf](http://www.lutheranworld.org/sites/default/files/Joint_Statement_on_humanitarian_principles_WHS_20150213.pdf)

## LWB-Diakoniegruppe beschliesst Solidaritätsaktion für die Ukraine

### Austausch und Lernen stärken die Zusammenarbeit unter diakonischen Akteurinnen und Akteuren in Europa

**Manchester, Vereinigtes Königreich/Genf (LWI)**

– Die Diakonieguppe des Lutherischen Weltbundes (LWB) wird die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Ukraine (DELKU) in ihrer Hilfe an arme und vom Konflikt betroffene Menschen unterstützen. Dies beschloss die „Solidaritätsgruppe“, die den Austausch von Praktiken der diakonischen Akteurinnen und Akteuren zahlreicher lutherischer Kirchen überall in Europa koordiniert, anlässlich ihres jüngsten Treffens vom 2. bis 6. März in Manchester.

Die Teilnehmenden des Treffens über „Konvivente Ökonomie“ haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche die Möglichkeiten eines Solidaritätsbesuchs bei der ukrainischen Kirche prüfen soll. Zu den 28 diakonischen Akteurinnen und Akteuren aus 19 Ländern gehörte auch Luba Galimova, Leiterin der diakonischen Arbeit der DELKU. Sie dankte für „die grosse Bereitschaft der Mitglieder der ‚Konvivenz-Gruppe‘, den Menschen in der Ukraine zu helfen.“

Der 2011 eingeleitete europäische Diakonieprozess des LWB und dessen Workshop-Reihe befinden sich in ihrer zweiten Phase. Dabei geht es um die Ausarbeitung und den Austausch von Konzepten und Praktiken der Konvivenz – der Kunst und Praxis des Zusammenlebens in Solidarität und nachhaltigen Gemeinschaften.



*Dave Smith, Gründer von Boaz Trust, das mit Asylsuchenden und Flüchtlingen im Grossraum Manchester zusammenarbeitet, erklärt den Mitgliedern der diakonischen „Solidaritätsgruppe“ die Arbeit seiner Organisation. Foto: Diakonia Solidarity Group*

Zu dem Treffen in Manchester gehörte auch ein Besuch im Bezirk Salford, wo die für soziale Gerechtigkeit tätige ökumenische Gruppe *Church Action on Poverty* mit Menschen zusammenarbeitet, die unter Armut und Stigmatisierung leiden, indem sie diese ermutigt, sowohl auf lokaler Ebene als auch über die Medien über ihre Geschichte und ihre Schwierigkeiten zu berichten.

Der Konvivenz-Prozess soll vor allem dazu beitragen, dass sich die verschiedenen Regionen Europas austauschen und voneinander lernen. Darüber hinaus wird nach weiteren Möglichkeiten gesucht, näher zusam-

men zu rücken und sich gegenseitig zur Umsetzung des Konzeptes zu ermutigen, indem die Anstrengungen, Erkenntnisse und guten Praktiken mit der breiteren lutherischen Gemeinschaft ausgetauscht werden. Am diesjährigen Workshop nahmen auch zwei Besucher aus Afrika und Asien teil und bestätigten, dass der Prozess für alle Regionen des LWB relevant ist.

### Einstellung der Öffentlichkeit

In den regionalen Arbeitsgruppen betonten die Akteurinnen und Akteure aus Mittel- und Westeuropa wie wichtig



es sei, sowohl in den Kirchen als auch im öffentlichen Raum stärker auf den Zusammenhang zwischen konviverter Wirtschaft und konviverter Gesellschaft aufmerksam zu machen. Die Konferenzteilnehmer diskutierten Vorfälle, bei denen Menschen mit psychischen Problemen, Demenz, Lernschwierigkeiten, Behinderungen oder auch Migranten auf offener Strasse angegriffen wurden. Dies zeige wie sehr sich unsoziales Verhalten bereits in der Gesellschaft etabliert hätte, so die Teilnehmer. Kirche und Diakonie stünden in der Pflicht, vor Ort Themen wie Verschuldung und Würde sowie Nahrung und Würde anzusprechen und zugleich den gegenseitigen Austausch und konkrete Projekte zu fördern.

Die Mitglieder der nordischen Gruppe erklärten, sie wollten die Diskussionen auf Gemeindeebene fördern und die Veröffentlichung *Konvivenz schaffen. Zur Gestaltung von Gemeinwesendiakonie in Europa* nutzen, um dieses über individuelle Ansätze hinausgehende neue Konzept bekannt zu machen. Bereits bestehende Treffen sollen weitere Gelegenheiten für Lobbyarbeit und Bewusstseinsbildung bieten.

## Krieg und Armut

Die Initiative einer globalen „Solidaritätsgruppe“ für die DELKU war Teil der Gespräche in der mittel- und osteuropäischen Regionalgruppe, welche sich mit Themen rund um den Zusammenhang zwischen Krieg und Armut, Verschuldung und Migration befasste.

Wie die Gruppe feststellte, sind in der Ukraine besonders dringend Hilfsmassnahmen zur Behandlung posttraumatischer Störungen für Soldaten und medizinisches Hilfspersonal an der Front sowie deren Familien notwendig.

Betont wurde ebenfalls die länderübergreifende Zusammenarbeit beim Umgang mit dem massiven Zustrom von Ukrainern in Ostungarn. Die lokalen Gemeinschaften stehen dort nicht nur vor der Herausforderung, die Flüchtlinge unterzubringen, sondern müssten auch Vorurteile überwinden und ein Bewusstsein für die psychische und körperliche Verfassung der Flüchtlinge und ihre Traumatisierungen schärfen. Friedensstiftende Strategien und Konzepte seien entscheidend für das Zusammenleben in Familien, Vierteln, Städten und Kirchengemeinden.

## Neoliberales Wirtschaftsmodell

Alle Gruppen befassten sich mit den Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftsmodells auf ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, die Lebensgrundlagen und die soziale Sicherheit mehrerer Generationen. Dr. Peter Szyuka vom Diakonischen Werk Hannover (Deutschland) erläuterte in seinem Referat, dass die Schwächsten in der Gesellschaft von Sparmassnahmen aufgrund der damit einhergehenden Deregulierung der Beschäftigung, Verringerung der Sozialleistungen und Individualisierung

systemischer Wirtschaftsprobleme am meisten betroffen sind.

Die Teilnehmenden hielten fest, dass die kirchliche Diakonie im Gegensatz zu liberalisierten sozialen Hilfseinrichtungen nach wie vor stabile, zuverlässige und menschenwürdige Arbeitsplätze anbietet. Dennoch braucht es mehr Fürsprache, um bei den Anbietern sozialer Leistungen als auch bei den Hilfsempfängern das Bewusstsein für die Werte der Diakonie als Teil des Engagements für Gerechtigkeit zu schärfen.

## Gegenseitiges Vertrauen

Der Workshop in Manchester sei ein weiterer wichtiger Schritt, um die gemeinsame Analyse und Reflexion über eine sinnvolle und nachhaltige Diakoniepraxis weiter zu vertiefen, erklärte Pfrn. Dr. Eva-Sibylle Vogel-Mfato, LWB-Europareferentin der Abteilung für Mission und Entwicklung (AME).

„Das Klima war sichtbar von einem Geist der Zusammenarbeit geprägt. Im Laufe des fünfjährigen Diakonieprozesses konnten wir immer engere Beziehungen knüpfen. Es hat sich gezeigt, dass das Vertrauen untereinander inzwischen gross genug ist, um auch konfliktrichtige Themen, politische Meinungsverschiedenheiten und Ängste anzusprechen und als Brüder und Schwestern in Christus durch gemeinsame Anstrengungen zu überwinden.“

AME leitet den Diakonieprozess, der sich 2016 auf konviverne Theologie konzentrieren wird.

# Führungsverantwortung von jungen Menschen in Indien stärken

## Interview mit der VELKI-Jugendreferentin Chrisida Nithyakalyani

**Chennai (Indien)/Genf (LWI)** – Die Führungskompetenzen junger Menschen stärken, das ist das Ziel verschiedener Programme der lutherischen Kirchen in Indien. Sie vermitteln jungen

Menschen die Fähigkeit, sich in ihren Gemeinschaften für die Betroffenen des Klimawandels zu engagieren, und unterstützen StudentInnen bei ihrer beruflichen Entwicklung. Chrisida

Nithyakalyani, Jugendreferentin der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Indien (VELKI), berichtet über einige der Initiativen, die vom Lutherischen Weltbund (LWB) durch

dessen Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) unterstützt werden.

**Warum ist die Stärkung junger Menschen für die indischen lutherischen Kirchen und die breitere Gesellschaft wichtig?**

Die wertvollste Ressource jedes Landes ist seine weitsichtige, leistungsfähige und produktive Jugend. In Indien, wo 65 Prozent unserer Bevölkerung von 1,2 Milliarden Jugendliche sind, ist das ein vielfältiges Kapital. Die Jugendlichen sind nicht nur die Zukunft, sondern auch gegenwärtig Führungspersonen und Stützen in der Kirche und der Gesellschaft. Doch obwohl es notwendig ist, dass sie an den Entscheidungs- und Führungsprozessen beteiligt sind, werden sie oft davon abgehalten, ihre Ansichten, ihr Wissen und ihre Beobachtungen darzulegen. Stattdessen nehmen sie eine passive Rolle als blosse „Zuhörerinnen und Zuhörer“ ein. Daher ist es wichtig, dass jungen Menschen in den Kirchen Raum gegeben wird, ihre Stimmen zu erheben.

**Welcher Probleme haben Sie sich als VELKI-Jugend aktiv angenommen, um den Fortschritt in der Gesellschaft zu fördern?**

Die JugendreferentInnen im VELKI-Jugendreferat der elf indischen LWB-Mitgliedskirchen helfen jungen Menschen, sich kreativ zu engagieren, sie ermutigen sie, sich Herausforderungen wie Armut und den Auswirkungen des Klimawandels zu stellen, und sich gegen Gewalt gegen Frauen auszusprechen.

Wir haben Programme zur Entwicklung der Führungskompetenzen junger Menschen für die Mitgliedskirchen in vier Regionen (Tamil, Telugu, Hindi I und Hindi II), mit denen wir 25 junge Männer und Frauen schulen. Durch sie können jedes Jahr 100 junge Menschen weitergebildet werden. Sie lernen Strategien zu formulieren, Ziele zu setzen und Ergebnisse zu erzielen, Verantwortung und Transparenz sicherzustellen und welche praktischen



Chrisida Nithyakalyani, VELKI-Jugendreferentin. Foto: LWB/P. Mumia

Folgen ihre Partizipation und Teilhabe in den Kirchen hat. Die weitergebildeten jungen Menschen bilden dann weitere junge Menschen in ihren Heimatgemeinden aus. In einer Sitzung sagte Amita George aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Madhya Pradesh: „Führungskompetenz bedeutet nicht ein Amt oder eine Position innezuhaben, es ist vielmehr die Möglichkeit denjenigen zuzuhören, die keine Stimme haben, und Ihnen mit Respekt zu begegnen.“ Benison Kachhap, ein anderer Teilnehmer aus der Evangelisch-Lutherischen Gossner-Kirche in Chotanagpur und Assam sagte: „Führungsverantwortung junger Menschen bedeutet, mit allen Altersgruppen einer Gemeinde an der Basis zusammenzuarbeiten, und die Kluft zwischen den Generationen durch generationenübergreifende Arbeit zu überwinden.“

Wir sind eine lebhafte Gemeinschaft. Wir setzen uns für eine grünere Zukunft ein, indem wir uns um die Themen Klimawandel und ökologische Gerechtigkeit kümmern. Wir organisieren Programme, um ein Bewusstsein zu schaffen für den Klimawandel auf nationaler und regionaler Ebene und ergreifen praktische Massnahmen wie das Pflanzen von Bäumen und „Jugendgärten“. Wir kümmern uns auch darum, dass wichtige Tage wie der Weltwassertag am 22. März

Beachtung finden, indem wir Gottesdienstmaterialien erarbeiten und ein Bewusstsein dafür schärfen, Wasser für eine nachhaltige Entwicklung zu erhalten. [<http://lwfyouth.org/2014/04/03/remembering-the-thirsty-christ-world-water-day-in-india/>].

Seit 2014 bieten wir als Teil der zweiten Projektphase Berufsberatungsprogramme an. Das Training umfasst „Arbeitsmarktfähigkeiten“ und Informationen über staatliche Förderungs- und Sozialprogramme, wie zum Beispiel Stipendien. Darüber hinaus werden Strategien für die Arbeitssuche erläutert und zum Beispiel Tipps für die Erstellung eines Lebenslaufes und der Vorbereitung auf den Vor- und Einstellungsprozess gegeben.

Vor kurzem sagte Premlata Baskey, eine Studentin im Grundstudium am S. P. Mahila College in Dumka, Jharkhand, in einer Berufsberatungssitzung: „Das fiktive Bewerbungsgespräch hat mir sehr geholfen, meine Ängste zu überwinden, und mir gezeigt wie so ein Vorstellungsgespräch abläuft. Ich bin mir jetzt sicher, dass ich in Zukunft selbstbewusst ein Vorstellungsgespräch wahrnehmen kann, was mir in der Zukunft helfen wird.“

**Was sind die grössten Herausforderungen bei der Ausführung dieser Aufgaben?**

### Wieso die Jaani-Kirche in St. Petersburg zu Estland gehört

## Heute Konzertsaal und Gottesdienstraum

Die Jaani-Kirche in St. Petersburg wurde im Jahr 2012 von der Stadt St. Petersburg an die Gemeinde zurückgegeben. Die Gemeinde hat das Gebäude nun für 49 Jahre dem Unternehmen "Eesti Kontsert" zur Verfügung gestellt, das nun für die Bauunterhaltung aufkommt und die anfallenden Kommunkosten (Versicherung, Strom, Wasser) trägt.

Eesti Kontsert und sein damaliger Direktor, Aivar Mäe, haben den grandiosen Umbau der Kirche bewerkstelligt. Der Vizevorsitzende der Gemeinde, Külli Sulg, hat es geschafft, dass das Grundstück und das Kirchengebäude der Gemeinde auch in Zukunft gehören.

Aber auch gottesdienstliches Leben findet in der Kirche statt. Zweimal im Monat wird die Gemeinde von den Pfarrern Arho Tuhkru und Enn Salveste besucht und gottesdienstlich betreut. Vor Ort lebt das estnisch-finnische Missionarshpaar Liliann und Hannu Keskinen, die den Hauptteil der Gemeindegarbeit verantworten und gestalten.

Als die Kirche vor 155 Jahren eingeweiht wurde, gab es in Petersburg bemerkenswert viele Esten. 20 Jahre später, 1880, hat Pfarrer Jakob Hurt, seinen Dienst in der Gemeinde



Bild: Peterburg23/CC BY-SA 3.0

aufgenommen. Neben der Kirche wurden zwei mehrstöckige Häuser gebaut. In einem waren Schule und Pfarrwohnung untergebracht, im anderen Mietwohnungen. Diese Gebäude bekam die Gemeinde nicht mehr zurück, aber sie bilden mit dem Kirchengebäude ein interessantes architektonisches Ensemble auf der Dekabristen-Straße in St. Petersburg.

Der Diplomat Jüri Trei hat berichtet, dass vor dem Jahre 1917 sich vor der Jaani-Kirche einmal rund 40.000 Esten

trafen, um dann in einem großen Demonstrationzug vor das Tauria-Palais zu ziehen und Autonomie für Estland im zaristischen Russland zu fordern. Dieser Protestzug war ein wichtiger Baustein in Richtung eines unabhängigen Estlands. 2017 wird daher auch das 100 Jahr Jubiläum der Estnischen Republik gefeiert werden. Die Gemeinde hat vorgeschlagen, dass eine Gedenkplatte an diesen Protestzug erinnern soll.

Die Jaani-Kirche in St. Petersburg wurde anfangs der 1930-er Jahre geschlossen. 1995 wurde die EELK Petersburg Jaani-Gemeinde neu eingetragen. 1997 bekam die Gemeinde die Kirche zur kostenlosen Nutzung anvertraut. 1999 wurde der Jaani-Kirchen-Fonds gegründet und erste Arbeitseinsätze im Gebäude organisiert und durchgeführt. 2008 begannen dann die professionellen Bauarbeiten. 2011 wurde die Kirche wieder eingeweiht. Die Kirchenrenovierung hat den Estnischen Staat schätzungsweise 8,7 Mio. Euro gekostet.

EK

Sachsen zwischen Flüchtlingen und Pegida

## Willkommenskultur für Flüchtlinge und Gesprächsbereitschaft



Bild: Bernd Gross/CC BY-SA 4.0

*Anti-Pegida: Kundgebung für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog vor der Frauenkirche in Dresden*

*In Sachsens Hauptstadt Dresden finden seit Oktober 2014 Pegida-Proteste statt. Nachdem die Teilnehmendenzahlen zwischenzeitlich zurückgegangen sind, gewinnen die Demonstrationen wieder an Stärke. Zeit für einen Blick auf die Aktivitäten der Landeskirche Sachsens.*

Der Landesbischof und das Landeskirchenamt haben in einem aktuellen Schreiben an die Kirchgemeinden dazu ermutigt, mit Gesprächsangeboten vor Ort auf die aktuelle politische Situation zu reagieren. In dem Schreiben heißt es:

„Die aktuelle politische Lage und die zunehmend deutlicher werdenden Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern der Pegida-Demonstrationen bewegen auch Christen und stellen uns als Kirche vor neue Herausforderungen. Zum einen sind auf beiden Seiten Christen unserer Gemeinden engagiert – die Risse gehen durch Freundeskreise, Familien und eben auch durch unsere Kirchgemeinden. Zum anderen sind viele Menschen – Christen wie Nichtchristen – angesichts dieser politisch und

gesellschaftlich neuen Entwicklungen auf der Suche nach Orientierung und Austausch. Das merken wir in nahezu jedem Gespräch, welches wir privat oder dienstlich führen. Und es wird deutlich, dass derzeit nur eines hilft: Wir müssen miteinander reden und im Gespräch bleiben!

Zudem erleben wir auch in den Kirchgemeinden die Herausforderungen und Konflikte an den Orten, an denen Flüchtlinge bereits untergebracht sind oder noch untergebracht werden sollen. Hier haben wir neben dem Umgang mit den Ängsten in der Bevölkerung auch die Anstrengung vor Augen, die mit der Hilfe und Unterstützung von Flüchtlingen verbunden ist. Auch hier gilt: Wir müssen miteinander reden und im Gespräch bleiben!

Insgesamt gibt es derzeit noch zu wenige Räume der Begegnung und des Gesprächs. Als Kirche haben wir Räume und die Möglichkeit, den Begegnungen und Gesprächen auch einen geistlichen Rahmen zu verleihen und damit biblische Maßstäbe zur Orientierung in das Gespräch einzubringen.“

Kirchengemeinden werden in dem Brief ermutigt, vor Ort Räume für Gespräche zu ermöglichen und auch öffentlich zu Gesprächen und Veranstaltungen in die Räume der Kirchgemeinden einzuladen. Die Kirche könne so zu einem Dialog aller Bürgerinnen und Bürger beitragen. Zahlreiche Moderatoren, Supervisorinnen, Pfarrerrinnen und Gemeindeberater haben sich bereits angeboten, die Kirchgemeinden bei der Leitung und Moderation von solchen Gesprächen zu unterstützen.

Außerdem hat das Landeskirchenamt eine „Richtlinie zur Förderung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge“ beschlossen. Damit soll das Engagement insbesondere in Kirchgemeinden und Kirchbezirken unterstützt werden, die Ankunft und beginnende Integration von Flüchtlingen mit Hilfsangeboten zu begleiten sowie Anlässe und Räume der Begegnung und des Gesprächs zu schaffen.

Der größte Teil der bereitgestellten Mittel ist für niedrigschwellige Angebote bestimmt, die durch ehrenamtliches Engagement vor Ort getragen werden. Dabei geht es beispielsweise um Patenschaften, Begleitung bei Behördengängen, Unterstützung bei der schulischen Integration oder Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Zeitnah sollen außerdem sechs regionale Koordinatoren in der Landeskirche aufgebaut werden, um Ehrenamtliche für zielgerichtete und bedarfsorientierte Flüchtlingshilfe zu befähigen. Sie sind somit für die Anleitung im Umgang mit Flüchtlingen zuständig und für die Gewinnung von ehrenamtlichen Multiplikatoren, für Projektberatung und –begleitung, die Kontaktpflege zu Flüchtlingen sowie tätig in der Vermittlung zu staatlichen Stellen der Region. Insgesamt umfasst der „Projektfonds Flüchtlingshilfe“ Mittel in Höhe von 400.000 €.

EVLKS/FH

## Interview mit dem Vorsitzenden der Historischen Kommission des DNK/LWB

# Luthertum agiert schon seit mehreren Jahrhunderten international



Bild: Evangelische Akademie Loccum

Diskussion während der Tagung. Ganz links Prof. Dr. Hans Otte.

### Prof. Otte, um was geht es bei der Zwei-Reiche-Lehre (ZRL)?

Es geht um die Klärung des Verhältnisses der Christen zum Staat und zur Politik. Grundlegend ist die Unterscheidung der kirchlichen Verkündigung vom staatlichen Handeln. Für den Staat ist – wegen der „Bösen“ – Zwangsgewalt erlaubt, für die Kirche als Botschafterin des befreienden Evangeliums gilt das nicht. Danach haben sich die Christen zu verhalten.

### Ist die Zwei-Reiche-Lehre heute noch interessant?

Unbedingt. Wir erleben heute ja den Aufstieg religiöser Bewegungen, die unmittelbar Zwang einsetzen, um ihren Glauben, etwa ihre Auslegung des Korans, durchzusetzen. Demgegenüber beharrt die Zwei-Reiche-Lehre darauf, dass sich das politische Handeln im Staat und in der Gesellschaft nach dem begrenzten Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens richten muss. Das entlastet von übersteigerten religiösen Ansprüchen. Übrigens von Anfang an, seit der Reformation.

### Welche wichtigsten Unterschiede gibt es weltweit in der Bedeutung der ZRL?

In Deutschland gab es im frühen 20. Jahrhundert eine unheilvolle

Interpretation der ZRL. Damals kam der Begriff ZRL auf, den Luther und die Reformatoren nicht gekannt hatten. Von manchen deutschen Lutheranern wurde Luthers politische Ethik so interpretiert, als seien Staat und Kirche zwei ganz getrennte Bereiche, als könne der Staat mit seinen Organen autonom handeln. Das war und ist ein Missverständnis. Schon in der NS-Zeit machten skandinavische Theologen darauf aufmerksam, dass die Begrenzung des kirchlichen Handelns kein Freibrief für den Staat und seine Organe sei, vor allem wenn er totalitäre Ansprüche stellt.

Auch später noch versuchten einige Theologen, unter Berufung auf die Zwei-Reiche-Lehre eine politische und religiöse Sphäre strikt zu trennen, etwa in Ungarn in den sechziger und siebziger Jahren oder manche DDR-Theologen, die so jeden Konflikt mit dem kommunistischen Staatsapparat vermeiden wollten.

In der lutherischen Theologie der Gegenwart spielt die Trennung der beiden Bereiche keine Rolle mehr, hier wird Luthers Unterscheidung der beiden Reiche und der beiden Regierweisen Gottes produktiv wahrgenommen: Einerseits als Begrenzung für kirchliche Machtansprüche,

andererseits aber als Aufforderung, überzogenen staatlichen Ansprüchen entgegenzutreten. Gottes Anspruch umfasst Körper (Fleisch) und Geist, sie dürfen nicht auseinandergerissen werden.

### Wie trat dies auf der Tagung der Historischen Kommission zu Tage?

An der Tagung nahmen lutherische Theologen und Theologinnen aus vier Kontinenten teil. In den Beiträgen der deutschen und kontinentaleuropäischen Perspektive dominierte die historische Perspektive, bei den Theologen und Theologinnen aus den Ländern der Dritten Welt wurde viel stärker die Frage nach den produktiven Konsequenzen aus der Zwei-Reiche-Lehre angesichts der Rassentrennung (Südafrika) oder dem Schicksal von (unberührbaren) Frauen in Indien diskutiert. Das war wirklich spannend.

### Wie sehen Sie die Funktion der Historischen Kommission des DNK/LWB in der Kirchengemeinschaft des LWB?

Das DNK/LWB hat 1974 eine Historische Kommission berufen, um die historische Dimension des Weltluthertums zu erforschen. Lange Zeit war sich das deutsche Luthertum selbst genug; angesichts des Reformationsjubiläums, das sich sinnvollerweise zunächst auf Deutschland konzentriert, droht erneut diese Gefahr. Da kann die Historische Kommission daran erinnern, dass das Luthertum nicht erst seit gestern, sondern schon seit mehreren Jahrhunderten international agiert und eine theologisch begründete Gemeinschaft bildet. Theologische Fragen haben in der Regel eine Vorgeschichte; versteht man sie, lassen sich leichter sinnvolle Antworten finden.

*Prof. Dr. Hans Otte leitete im Februar die international besetzte Tagung der Historischen Kommission des DNK/LWB zum Thema Zwei-Reiche-Lehre.*

Das Interview führte Florian Hübner



## Rumänien: Fotoausstellung Hüter der Kirche

Im Hermannsstadter Begegnungs- und Kulturzentrum Friedrich Teutsch wurde am 11. März 2015 die Ausstellung „Hüter der Kirche – Ein fotografisches Essay“ mit Bildern von Kilian Müller eröffnet. Die Ausstellung ist bis zum 15. April 2015 zu sehen.

Kilian Müller hat für seine Abschlussarbeit an der Ostkreuzschule für Fotografie in Berlin ein siebenbürgisches Thema gewählt. Seine nachdenklichen Fotografien beleuchten

die Situation der kleinen siebenbürgisch-sächsischen Dorfgemeinden und der vielerorts verwaisten evangelischen Kirchen. Wer kümmert sich um diese Kirchen? Oft sind es alte Menschen, die die Schlüssel bewahren, Unkraut jäten, Ziegel nachstecken, den Besuchern von ihrem Leben erzählen. Der Fotograf porträtiert die „Hüter der Kirche“ in ihrem schlichten und doch besonderen Alltag.

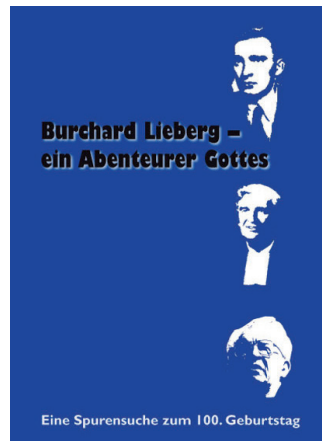
EKR

## Estland: Festschrift zu Burchard Liebergs 100. Geburtstag

Bereits Ende 2014 wurde das Buch „Burchard Lieberg – ein Abenteuer Gottes. Eine Spurensuche zum 100. Geburtstag“ vorgestellt. Propst Tiit Salumäe aus Haapsalu und Pfarrer Michael Schümers, Propst für die Esten in Deutschland, haben dieses Buch gemeinsam zum 100.

Geburtstagsjubiläum Liebergs herausgegeben.

Burchard Lieberg war als Deutschbalte in Tallinn zum Theologen ausgebildet und noch 1939 ordiniert worden. Kurz darauf musste er wie fast alle Deutschbalten aufgrund des



Hitler-Stalin-Paktes das Land verlassen. Nach dem Krieg arbeitete er als Pfarrer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW; 1946-1979) und knüpfte 1964 wieder Kontakte zur Estnisch Evangelisch-Lutherischen Kirche (EELK). Er begründete eine sehr wirkungsvolle

Estlandhilfe. 1995 regte er die kurhessische Partnerschaft mit der EELK an.

Das Buch ist zum Preis von 12 € erhältlich beim Martin Luther Bund in Erlangen, dem Landeskirchenamt der EKKW und im Buchhandel.

EK



LUTHERISCHER  
WELTBUND

Eine Kirchengemeinschaft

### Impressum

Herausgegeben vom  
Deutschen Nationalkomitee des  
Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)  
im Auftrag des LWB

### verantwortlicher Redakteur:

Florian Hübner (FH) · DNK/LWB  
huebner@dnk-lwb.de  
Tel.: +49 (0) 511/2796-437  
Fax: +49 (0) 511/2796-182  
www.dnk-lwb.de/lwi

### Grafik & Layout:

Noémia Hopfenbach  
www.hopfenbach.com

### Druck:

Druckhaus Harms · Groß Oesingen

## Württemberg: Gedenken an Körperspender in Tübingen

Mit einer besonderen Trauerfeier wurde am Donnerstag, 19. Februar, in der evangelischen Stiftskirche in Tübingen der Menschen gedacht, die ihre Körper der Wissenschaft zur Verfügung gestellt haben. An der Gestaltung der ökumenischen Aussegnungsfeier waren Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen, Studentinnen und Studenten der Medizin und Zahnmedizin sowie die evangelische Klinikseelsorgerin Carola Längle und

ihr katholischer Kollege Martin Günter beteiligt.

Die Studierenden bereiteten eine Dankesrede sowie die musikalische Gestaltung der Aussegnungsfeier vor. Höhepunkt war das „Namentliche Gedenken“, bei dem alle Körperspender genannt wurden und für jeden Einzelnen ein symbolisches Band sichtbar am Alter angebracht wurde. Die Feier soll es Angehörigen wie Studierenden ermöglichen, von den Toten Abschied zu nehmen.

ELKW

Eine der grössten Herausforderungen, mit der wir konfrontiert sind, ist, dass die Schulungen und die Führungskompetenzen von den Mitgliedskirchen nicht genutzt werden. Junge Menschen sollten ermutigt werden, Führungspositionen zu übernehmen. Die Kirchen müssen dazu Möglichkeiten bieten.

**Was haben Sie durch ihre Führungsrolle in der VELKI gelernt und wie hat Sie das in Ihrer persönlichen Entwicklung weitergebracht?**

Als junge Frau habe ich auf dieser Reise mit der Jugend in den VELKI-Mitgliedskirchen grossartige Erfahrungen gemacht und viel Neues kennengelernt. Ich habe die Lebenswirklichkeit der indischen Jugend und die Fähigkeiten der Menschen an der Basis gesehen.

Als Mensch bin ich seit 2013 als junge Führungsperson in einer nationalen Organisation gewachsen. Mein Engagement in der ökumenischen Bewegung ist durch den Kontakt mit Partnern wie dem Nationalen Kirchen-

rat in Indien auf nationaler Ebene, durch den Kontakt mit dem LWB und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), wo ich in der Kommission zur Ökumenischen Bildung und Formation die indischen lutherischen Kirchen vertrate, auch auf internationaler Ebene gewachsen.

*(Der VELKI gehören elf LWB-Mitgliedskirchen mit zusammen rund vier Millionen Mitgliedern an.)*

## Wie Jesus das Schweigen brechen

### LWB und ÖRK organisieren Nebenveranstaltung der UN-Frauenrechtskommission

**New York, Vereinigte Staaten/Genf (LWI)** – Seit vor zwanzig Jahren die Pekinger Aktionsplattform der Vereinten Nationen (Beijing Platform for Action, BPFA) zur Förderung der Frauenrechte verabschiedet wurde, haben die Kirchen weltweit viel für die Gendergerechtigkeit geleistet.

Anlässlich der 59. Tagung der UN-Frauenrechtskommission (Commission on the Status of Women, CSW) vom 9.-20. März in New York organisierten der Lutherische Weltbund (LWB) und der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) eine Nebenveranstaltung, um über ihre Erfahrungen zu berichten.

Wie Alice Mwaringa, Frauen-Koordinatorin der Kenianischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (KELC) erklärte, bilden die Bemühungen der KELC zur Aufklärung über schädliche Praktiken wie Genitalverstümmelungen bei Frauen und Kinderheirat wichtige Strategien, um die Rechte von Frauen und Mädchen zu schützen.

Sie berichtete über ein 13-jähriges Mädchen, das von der KELC aus einer Kinderehe gerettet werden konnte. „Die Arbeit muss jedoch fortgesetzt werden, damit wir mit den Eltern ins

Gespräch kommen und das traditionelle Recht in Frage stellen können“.

### Gerechtigkeit und Glauben

Jen Engquist von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELCA) konzentrierte sich auf die Schnittstelle zwischen Gerechtigkeit und Glauben aus der Perspektive ihrer persönlichen Erfahrung als Direktorin von *Churches United for the Homeless* (Kirchen handeln gemeinsam für Obdachlose) in Moorhead (Bundesstaat Minnesota).

Die Gefahr für Frauen und Mädchen, Opfer von Menschhandel und Missbrauch zu werden, spiegele das mangelnde Engagement der US-Regierung wider, strengere Gesetze zum Schutz der Frauen und eine härtere Bestrafung der Täter zu erlassen, sagte sie. Beispiel dafür sei die Tatsache, dass die USA das Abkommen zur Beseitigung von Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW) nicht ratifiziert habe.

Engquist erwähnte ausserdem die doppelte Gefährdung von Frauen und Mädchen der indigenen Bevölkerung. In den Reservaten würde sexueller Missbrauch durch Männer vor den Stammesgerichten verhandelt. „Dadurch sind die Opfer völlig schutzlos“, sagte sie.



Panel-Teilnehmerinnen am 12. März bei der LWB-ÖRK Nebenveranstaltung der 59. Tagung der UN-Frauenrechtskommission in New York. Foto: Mikka MacKraken/ELCA

## Inakzeptabler Grad der Gewalt

Colleen Cross, Vertreterin der Römisch-katholischen Kirche in El Salvador, berichtete über ihre Erfahrungen mit Frauen an der Basis in ihrem Land und in Mittelamerika. Mit dem Ende der Bürgerkriege in den 1990er Jahren seien neue Formen der Gewalt aufgetaucht. Dazu gehörten Banden aus Waisen und verbitterten Jugendlichen, die den Mord an Angehörigen, qualvolle Missbrauchssituationen und die Vertreibung im eigenen Land erlebt haben.

Die gegenwärtige massive Migrationsbewegung von unbegleiteten Minderjährigen in Richtung Mexiko und USA „ist auf den inakzeptablen Grad der Gewalt in El Salvador zurückzuführen“, fügte Cross hinzu.

## Individueller Schutz

Suad Younan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) wies darauf hin, dass die ELCJHL bei der Suche nach Befreiung den Schwerpunkt auf das Evangelium lege. Sie hob ebenfalls hervor, dass die gravierenden Auswirkungen sozialer und kultureller Regeln für Frauen und Mädchen eine grosse Herausforderung seien.

Wie Younan berichtete, seien in den letzten zwanzig Jahren Bildung und Ausbildung von Frauen die Flaggschiffprogramme der Kirche gewesen.

Dabei hätten die Schulen in Palästina nicht nur die Berufsbildungsmöglichkeiten, sondern auch individuelle Schutzmassnahmen ausgeweitet. Sie berichtete von einem 15-jährigen Mädchen, das von ihrem Freund vergewaltigt worden war, um sie zur Heirat zu zwingen. Nachdem sie eine Traumaberatung, Unterstützung durch einen Pastor und Zugang zu ärztlicher Behandlung erhalten hatte, konnte sie ihr Leben weiter führen. „Das war in einem Kontext, wo sie mit grösster Wahrscheinlichkeit über den sexuellen Übergriff hinaus Opfer eines sogenannten ‘Ehrenmordes’ zur Reinigung des Familiennamens geworden wäre“, ergänzte Younan.

Glaube und Frauenförderung seien möglich, „wenn in der Verheissung Gottes Befreiung und Hoffnung für Frauen wie für Männer erkannt werden“, sagte Dr. Fulata Mbanjo L. Moyo, ÖRK-Programmreferentin für Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG).

## Diskussionen auf der Kanzel

Die Lutheranerin und liberische Nobelpreisträgerin Leymah Gbowee rief die Gläubigen auf, „solche Diskussionen auch auf der Kanzel zu begrüssen“ und häusliche Gewalt als Problem in den Kirchengemeinden zu benennen.

„Genauso radikal wie Jesus das Schweigen brechen – das muss die Reaktion der Kirchen sein, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen“, ergänzte Gbowee.

Die Moderatorin der Nebenveranstaltung María Cristina Rendón vom LWB-Programm Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG) betonte wie wichtig es sei zu beurteilen, welche Fortschritte gemacht wurden und welche Herausforderungen noch anstehen, seitdem die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen anlässlich der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 die Pekinger Aktionsplattform verabschiedet und sich zu ihrer Umsetzung verpflichtet haben.

„Die ‘Sie-Geschichten’ (‘Herstories’) über das Engagement der Frauen in Kirchenämtern, in der Theologie, als Führungspersonen und bei der Umsetzung einer Politik für Geschlechtergerechtigkeit beim LWB sind alles wichtige Beiträge zur Erfüllung der globalen Verpflichtungen der Aktionsplattform“, fügte sie hinzu.

Der LWB und der ÖRK sind Mitglied von „Ökumenische Frauen“, einer Koalition verschiedener christlicher Denominationen und Organisationen bei der Frauenrechtskommission 2015.

*(Beitrag von María Cristina Rendón, Programmassistentin im LWB-Referat für Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG)).*

# „Nicht Mangel, sondern Ungerechtigkeit“

## LWB und ACT-Bündnis fordern im UN-Menschenrechtsrat Hilfe für Betroffene von Klimawandel und Hunger

**Genf (LWI)** – Den Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte wird nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, erklärten der Lutherische Weltbund (LWB) und das ACT-Bündnis anlässlich der 28. Tagung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNHRC) am 6. März in Genf.

In einer gemeinsamen mündlichen Stellungnahme der beiden Organisationen erklärte der LWB-Referent für Advo-

cacy, Dr. Ojot M. Ojulu, dass frühere Resolutionen zum Thema Menschenrechte und Klimawandel nicht ausreichend in die Arbeit des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) eingeflossen seien.

„Der Klimawandel bedroht weiterhin das Leben und die Lebensgrundlage der armen und verwundbaren Menschen auf der Welt“, sagte Ojulu. „Die Gemeinschaften, mit denen wir insbe-

sondere in Afrika und im pazifischen Raum zusammenarbeiten, sind bereits mit irreversiblen Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert“, betonte er.

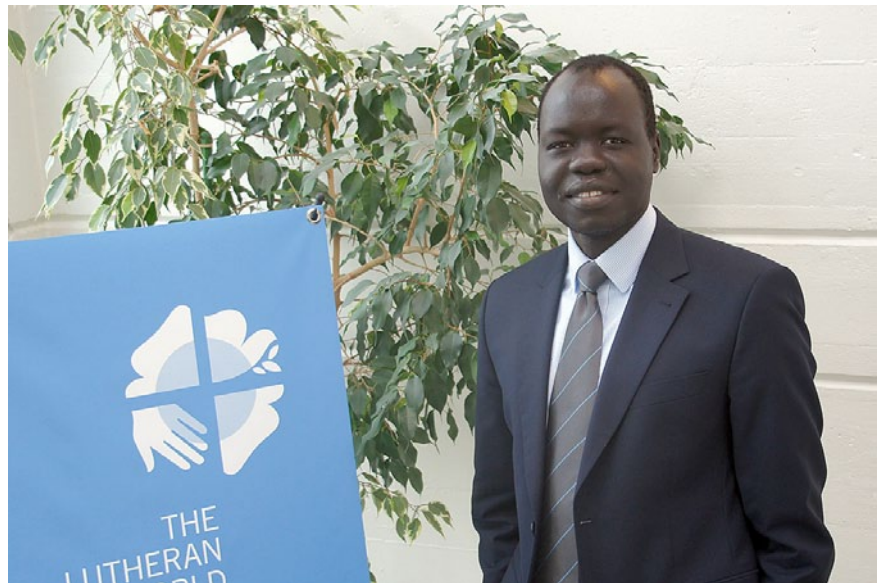
„Mehr Dürreperioden und extreme Wetterbedingungen beeinflussen das Recht auf Gesundheit und Bildung. Der schwache Teil der Bevölkerung ist davon unverhältnismässig betroffen; und das Untergehen kleiner Inselstaaten verursacht die Zerstörung von Lebensgrund-



lagen und den Verlust von Kulturen und Traditionen“, fügte Ojulu hinzu.

Der LWB und das ACT-Bündnis forderten den Menschenrechtsrat eindringlich auf, stärker auf die Umsetzung von VN-Resolutionen zum Klimawandel zu achten, sich der Rechte der Gemeinschaften anzunehmen, die aufgrund des Klimawandels zur Umsiedlung gezwungen werden. Der menschenrechtsrat solle sicherstellen, dass die Übereinkunft zum Klimawandel, die im Rahmen des UNFCCC im Dezember angenommen werden soll, Menschenrechte schützt.

Bei der Aussprache am 9. März über das Recht auf Nahrung erinnerten der LWB und das ACT-Bündnis in einer gemeinsamen Erklärung an die Resolution 25/14 des Menschenrechtsrats. Die Resolution erklärt es für inakzeptabel, dass heute eine Milliarde Menschen an Unterernährung leidet, obwohl auf der Erde genügend Nahrung für alle produziert wird. „Hunger ist keine Frage des Mangels, sondern der Ungerechtigkeit“, betonte Ojulu.



LWB-Referent für Advocacy Dr. Ojot M. Ojulu. Foto: LWB/P. Mumia

Die Ursache für Hunger sei in vielen Fällen der fehlende Zugang zu Land und ungewisse Besitzverhältnisse, so der LWB und ACT in ihrer Erklärung. 80 Prozent der an Hunger leidenden Menschen lebten in ländlichen Gebieten, wo das Recht auf Land nicht respektiert wird, so die beiden Organisationen. Fer-

ner forderten sie den Menschenrechtsrat mit Nachdruck dazu auf, „der speziellen Situation an den Rand gedrängter Gruppen wie Frauen, Minderheiten und indigener Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit zu schenken“.

Der LWB ist ein Gründungsmitglied des ACT-Bündnisses.

## Interreligiöse Zusammenarbeit fördert Religions- und Meinungsfreiheit

### LWB moderiert Nebenveranstaltung beim UN-Menschenrechtsrat

**Genf (LWI)** – Die humanitäre Zusammenarbeit zwischen dem Lutherischen Weltbund (LWB) und Islamic Relief Worldwide (IRW) ist beispielhaft für „eine sinnvolle Initiative, um die Öffnung der Herzen und mehr Aufgeschlossenheit für Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit in der Gesellschaft zu fördern.“

Mit diesen Worten richtete sich der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit Prof. Heiner Bielefeldt in einer offenen Gesprächsrunde an Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Gesprächsrunde fand im Rahmen der 28. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UNHRC) vom 6. bis 27. März in Genf statt.

In seinem Bericht an die diesjährige UNHRC-Tagung beschrieb

Bielefeldt verschiedene Formen von Gewalt, die heutzutage im Namen der Religion verübt werden, und erläuterte, weshalb diese nicht auf historischen religiös geprägten Feindseligkeiten beruhen. Bielefeldt formulierte Empfehlungen an Staaten, Zivilgesellschaft und der Glaubensgemeinschaften.

Die Gesprächsrunde am 12. März wurde von Ralston Deffenbaugh, dem Assistenten Generalsekretär des LWB für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte, moderiert. Sie wurde gemeinsam mit dem UN-Büro der Internationalen Baha'i-Gemeinde und dem Internationalen Versöhnungsbund im Namen des NGO-Komitees über Religions- und Glaubensfreiheit organisiert.

In seiner Antwort auf die Fragen der Teilnehmenden ermutigte der

Sonderberichterstatter glaubensgebundene Organisationen und andere Akteure der Zivilgesellschaft dazu, den beim UNHRC verfügbaren Raum zur Mobilisierung für positive Entwicklungen zu nutzen.

Bielefeldt erklärte, das gegenwärtig zunehmende Interesse für Religionsfreiheit beruhe zum Teil auch auf wachsendem Misstrauen und Verwirrung. Zwischenfälle wie der Anschlag auf die Zeitschrift Charlie Hebdo in Frankreich und Gräueltaten durch militante Gruppen im Irak, Nigeria und anderen Ländern erhielten eine starke mediale Aufmerksamkeit. Dadurch scheine im öffentlichen Diskurs die alte Frage der Vereinbarkeit zwischen Religions- und Meinungsfreiheit wieder aufzutauchen.



UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit Prof. Heiner Bielefeldt (links) und Ralston Deffenbaugh, Assistierender Generalsekretär des LWB für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte. Foto: LWB/P. Mumia

Dadurch entstehe der Eindruck, als würden diese Rechte sich gegenseitig widersprechen, argumentierte der Sonderberichterstatter: „Doch Religions- und Glaubensfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind benachbarte Rechtsgrundsätze, die sich gegenseitig verstärken, und aufgrund derer gegen niemanden Zwang ausgeübt werden sollte“, ergänzte er.

## Solidarität zwischen Minderheit und Mehrheit

Der Sonderberichterstatter ermutigte die Zivilgesellschaft zu einem „übergreifenden“ gegenseitigen Engagement im Umgang mit im Namen einer Religion verübten Gewaltakten. Es sei wichtig, bei der Solidarität mit Menschen, die aufgrund ihrer Situation als Minderheit verfolgt werden, die „Mehrheit“ mit einzubinden, erklärte er. „Minderheiten können leichter mit an Bord gebracht werden, weil sie die Vorteile sehen, doch sollte auch die Mehrheit erkennen, dass sie sich in diesem Raum engagieren kann. Hier geht es nicht darum, sich für eine bestimmte Gruppe auszusprechen, sondern alle Menschen einzubeziehen.“

Bielefeldt gab an, dass durch die Zusammenarbeit ausserdem eine dringend notwendige Hoffnungsbot-

schaft an die von Gewalt betroffenen Menschen und an die internationale Gemeinschaft gerichtet werde und dass sie eine gute Praxis darstelle, die andere zur Nachahmung inspirieren könnte.

## „Hass ist kein Naturgesetz“

Er erwähnte die Arbeit des Interreligiösen Rats in Sierra Leone als gute Inspirationsquelle dafür, wie glaubensgebundene Organisationen Zusammenarbeit und Zusammenleben fördern können. „In einem mehrheitlich muslimischen Land mit einer grossen

Minderheit verschiedener christlicher Denominationen, in dem das Konvertieren kein Problem ist, können die Menschen zusammenleben. Sie gehen aktiv, mit offenem Herzen, aufeinander zu“, berichtete er.

Gemäss den Ausführungen des Sonderberichterstatters gibt es kein Naturgesetz, das Hass zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen vorschreibt. Er betonte die konsequente Ausrichtung auf die Menschenrechte, denn sie sind „der gemeinsame Nenner, unter dem Menschen mit verschiedenen Glaubensvorstellungen, Praktiken und Ritualen und alle ihren unvereinbaren Unterschieden zusammengebracht werden können“.

Laut Ralston Deffenbaugh bot die Nebenveranstaltung die Gelegenheit für einen ausführlichen informellen Diskurs über Religionsfreiheit in einer Zeit, in der Gewalttaten so oft unter dem Deckmantel der Religion verübt werden. „Der Sonderberichterstatter betonte, dass es keine Religion gibt, die als gewalttätig bezeichnet werden könnte. Doch da Rechte zu den Menschen und nicht zu den Religionen gehören, sind auch die Menschen und nicht die Religionen für Gewalttaten verantwortlich.“



Verteilung von Winterkleidung an Flüchtlinge im Lager Khanki, Dohuk. Foto: Sandra Cox

# Schulbeginn in Maban

## SchülerInnen im südsudanesischen Flüchtlingslager setzen beschleunigtes Bildungsprogramm fort

**Bunj (Südsudan)/ Genf (LWI)** – „Was sind Naturwissenschaften?“, fragt der Lehrer die rund 40 in fliederfarbenen Schuluniformen gekleideten TeenagerInnen. „Naturwissenschaft ist die Lehre von Lebewesen und nichtlebenden Dingen. Also: Woran erkennt man ein Lebewesen?“

Faiza meldet sich. „Ein Lebewesen kann sich selbstständig von einem Ort zum anderen fortbewegen“, sagt sie mit klarer Stimme. „Sehr gut!“ Der Lehrer schreibt etwas an die Tafel, während die MitschülerInnen Beifall klatschen. Die Antwort scheint sehr einfach für einen Teenager, doch für Faiza markiert sie eine beträchtliche Leistung: Englisch ist nicht ihre Muttersprache. Seit sie vor neun Monaten mit der Schule begann, hat sie die Sprache so gut gelernt, dass sie sich im Unterricht ausdrücken kann.

Faiza ist eine der 2 508 Schülerinnen und Schüler, die in den Flüchtlingslagern von Maban County (Südsudan) am beschleunigten Bildungsprogramm (Accelerated Learning Program, ALP) des Lutherischen Weltbundes (LWB) teilnehmen. Das von der EU-Initiative „Kinder des Friedens“ (Children of Peace, ECHO) geförderte Bildungsprogramm richtet sich an ältere Schülerinnen und Schüler, deren Schulausbildung durch Konflikt oder Vertreibung unterbrochen wurde. Das beschleunigte Bildungsprogramm ermöglicht ihnen, innerhalb kürzerer Zeit die Primarstufe abzuschliessen und ihre Ausbildung zusammen mit Gleichaltrigen in der Sekundarstufe fortzusetzen. In den Flüchtlingslagern Yussif Batil und Kaya gibt es 10 von ECHO finanzierte ALP-Zentren. Vier weitere von einem anderen Geldgeber finanzierte ALP-Zentren befinden sich im Flüchtlingslager Gendrassa.

### Unterbrochene Schulbildung

Faiza kommt wie die übrigen Jugendlichen in ihrer Klasse aus Blue Nile

(Sudan), wo seit 2011 interne Konflikte toben. Die Familie von Faiza ist wie viele andere vor den andauernden Kämpfen in den Südsudan geflohen. Da die Jugendlichen aufgrund der Kämpfe in Blue Nile nur selten zur Schule gehen konnten, ist regelmässiger Schulbesuch neu für sie. Mit dem ALP haben sie nun die Möglichkeit, die Primarstufe abzuschliessen. Da die Schülerinnen und Schüler bereits älter sind, bearbeiten sie den Lehrplan von zwei Jahren innerhalb eines Jahres.

Faiza, ihre Mutter und ihre Geschwister sind vor zwei Jahren im Flüchtlingslager Yusuf Batil in Maban angekommen. Sie haben einen kleinen Flecken Land und Material für den Bau einer Hütte und eines Zauns erhalten, um den Lebensraum der Familie von dem der Nachbarn abzugrenzen. Doch das aus Ästen und Plastikplanen gefertigte Tor steht weit offen und in dem kleinen Vorgarten spielen mehr Kinder als zur Familie gehören.

„Von hier kann ich die Schulglocke hören“, sagt Faiza. „Wenn sie läutet, weiss ich, dass ich mich beeilen muss.“

Mit 16 Jahren ist Faiza eine der ältesten in ihrer Klasse. Die meisten Mädchen werden nur zur Schule

geschickt, wenn sie noch jünger sind. „Meine Mutter findet es wichtig“, sagt die Jugendliche, die in der 3. Klasse eine der Besten ist. Mädchen wie Faiza werden oft sehr früh, manchmal schon mit 13 Jahren, verheiratet und müssen dann die Schule verlassen.

### Schwierige Bedingungen

Die Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler in Maban sind alles andere als ideal. Ihre Muttersprache ist Arabisch, und sie müssen zuerst Englisch lernen. Es fehlt an qualifiziertem Lehrpersonal. Durch die Konflikte im Südsudan hat sich der Projektbeginn verzögert. Spannungen zwischen den Flüchtlingen und der örtlichen Gemeinschaft, für Lohnerhöhungen streikende Lehrkräfte, Evakuierungen der Mitarbeitenden aufgrund sporadischer Kampfhandlungen und Angriffsdrohungen der Milizen sorgen immer wieder für Unterbrechungen im Schuljahr.

Die Kämpfe im Südsudan haben den Transport von Gütern über die Strassen unmöglich gemacht, wodurch die Lieferung von Schulbüchern und Baumaterial verzögert wurde. Noch



Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse des beschleunigten Bildungsprogramms im Flüchtlingslager Yusuf Batil, Maban County, Südsudan. Foto: LWB/ C. Kästner

vor kurzem mussten die Schulbänke in den Flüchtlingslagern Gendrassa, Batil und Kaya eingeflogen werden. In Maban haben die Klassenzimmer keine Wände. Die Schülerinnen und Schüler sitzen auf handgezimmerten Bänken und Ölbüchsen aus der Lebensmittelverteilung unter einem notdürftigen Dachgerüst, das ihnen Schatten vor der sengenden Hitze spendet.

## Ihren Mitmenschen dienen

Trotz der schwierigen Bedingungen sind sie dankbar lernen zu dürfen. „Zuhause mussten wir die Schulbücher selber kaufen“, erklärt der 18-jährige Nikola.

„Hier werden sie vom LWB bereitgestellt“. Nikola möchte Arzt werden, um seine Familie zu unterstützen. Er hat zwei jüngere Brüder, die körperlich behindert sind. Sie gehen an Krücken und können nicht zur Schule, weil der Schulweg zu weit für sie ist, erklärt Nikola. Doch er hofft, dass sie eines Tages wie er zur Schule gehen können.

„Viele Kinder im ALP träumen davon, Lehrerin, Arzt, Rechtsanwältin oder Ingenieur zu werden, um später, wenn sie nach Blue Nile zurückkehren, ihren Mitmenschen als Führungspersonen helfen zu können“, erklärt der vorübergehende Leiter des LWB-Teams Julius Tibo. „Wie Faiza werden sie viel Selbstdisziplin

brauchen, um das ALP abzuschliessen, die Sekundarstufe zu besuchen und schliesslich Kurse in höheren Bildungseinrichtungen zu belegen. Der LWB und seine Partner tragen dazu bei, dass die Kinder in diesen entlegenen Gegenden des Südsudan ihre Träume verwirklichen können.“

Der LWB ist seit September 2012 in Maban in erster Linie in den Bereichen Bildung und Kinderschutz tätig. Er übt seine Aktivitäten in den drei Flüchtlingslagern Yusuf Batil, Kaya und Gendrassa aus, wo über 78 000 Menschen leben. Das LWB-Team besteht aus 540 Mitarbeitern, von denen 483 selbst Flüchtlinge sind.

# Informatik-Kurse im Flüchtlingslager Ajuong Thok

## Unterricht im globalen Dorf

**Ajuong Thok (Südsudan)/Genf (LWI)** – „In den meisten Fällen ist die Maus grün und die Tastatur lila“, erklärt die Lehrerin. 27 Männer und Frauen recken ihren Hals, um an der Rückseite ihres PCs die Anschlüsse zu finden, von denen die junge Frau vor ihnen soeben sprach. Es ist die erste Stunde des Projektes „Informatik, Computer und Technologie“ (ICT) im Flüchtlingslager Ajuong Thok.

Dank der Mittel des Lutherischen Weltbundes (LWB), UNICEF und der Vodafone-Stiftung werden 2000

Schülerinnen und Schüler der Primar- und Sekundarstufe Tablets erhalten, um grundlegende PC-Kenntnisse zu erwerben. Doch bevor die Schüler unterrichtet werden können, müssen die LehrerInnen selber erst lernen, wie man einen PC bedient.

Daher legen die 27 Männer und Frauen nach ihrem Unterricht eine Zusatzschicht ein. Die Gruppe ist gemischt: Es gibt ausgebildete Lehrkräfte und Freiwillige, darunter zwei Frauen. „Ich möchte lernen, wie man einen

Computer benutzt, weil man darauf Daten speichern kann“, erklärt Artum Noah Kansal (27). „Da hat man alle Informationen, die man braucht.“

Die Mutter von vier Kindern kommt wie die übrigen Flüchtlinge im Lager aus den Nuba-Bergen. Sie ist nach dem Ausbruch des Konfliktes in der Region Kordofan (Sudan) mit ihrer Familie geflohen. Danach zog sie vom Flüchtlingslager Yida in das Lager Ajuong Thok, weil hier die Schulen umsonst sind.



Afrina Zechariah Anabak während der Informatikstunde im Flüchtlingslager Ajuong Thok, Südsudan.  
Foto: LWB/C. Kästner

## Strassensperren entgegenwirken

Der LWB ist im Flüchtlingslager von Ajuong Thok als einzige Organisation für die Umsetzung des Bildungsprogramms zuständig, das aus drei Primarschulen, einer Sekundarschule und einem beschleunigten Bildungsprogramm (Accelerated Learning Program, ALP) für ältere Schülerinnen und Schüler der Primarstufe besteht. „Die Schülerinnen und Schüler sind sehr lernbegierig“, erklärt die Teamleiterin Anne Mwaura, „doch haben selbst die Lehrerinnen und Lehrer keinerlei Computerkenntnisse“. Als die Vodafone-Stiftung zum Erlernen von PC-Kenntnissen Tablets zur Verfügung stellte,

zeigte sich, dass erst die Lehrkräfte selbst ausgebildet werden mussten. Die erste Gruppe besteht aus 150 Lehrkräften und SchulabgängerInnen.

„Wir möchten lernen, wie man das Internet benutzt“, erklärt Mati Amin Kadam (26). Er unterrichtet an der Napata-Grundschule, die wie die Soba-Sekundarschule seit ein paar Monaten einen Internet-Anschluss besitzt.

„Wir nähern uns dem globalen Dorf“, erklärt die Teamleiterin in Ajuong Thok, Anne Mwaura. „Wenn wir den Schülerinnen und Schülern im Camp Computerkenntnisse vermitteln, helfen wir ihnen, mit dem Rest der Welt aufzuholen“. Auf rein praktischer Ebene haben sie dadurch ausserdem die Möglichkeit, mit ihren Angehörigen, die in anderen Flüchtlingslagern leben oder im Ausland aufgenommen wurden, in Kontakt zu bleiben.

Mwaura hofft, dass die Lehrkräfte das Internet auch einsetzen, um das Unterrichtsniveau zu verbessern. „Die grösste Herausforderung im Südsudan

besteht darin, dass es nicht genug Lehrmaterial gibt“, erklärt Mwaura. „Online hingegen findet man gutes Unterrichtsmaterial. Dort können sich unsere Lehrkräfte Fallstudien und andere Lernhilfen beschaffen.“

Da Konflikte oder Überschwemmungen in der Regenzeit den Transport von Gütern über die Stassen oft unmöglich machen, ist Schulmaterial Mangelware. Das Internet könnte den Flüchtlingen in Ajuong Thok helfen, die häufig durch Strassensperren verursachten Verzögerungen der Hilfsgüterlieferungen zu überbrücken.

### Fernlernprogramme

Doch Mati Kadam denkt nicht nur an seine Schülerinnen und Schüler. Er hofft, wie viele andere auch, sich mit Hilfe von Fernstudium-Angeboten selbst weiterzubilden. „Ich würde gerne die Universität abschliessen und Management studieren“, erklärt

er. Sein Kollege Abass Jalhalla Koriss hat vor, sich mit einem Fernstudium als Lehrer weiterzuqualifizieren.

Eine tertiäre Bildungsebene anbieten zu können ist auch der Traum von LWB-Team-Leiterin Anne Mwaura. „Die Bildungsmöglichkeiten sind die Hauptanziehungskraft des Camps in Ajuong Thok“, erklärt sie. Die Schulen in Ajuong Thok sind überfüllt. Vor kurzem hat die erste Gruppe die Abschlussprüfungen der Primarstufe abgelegt und kann nun in die Sekundarstufe wechseln. Demnächst werden auch die ersten Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe abgeschlossen haben.

Für den tertiären Bildungsweg hofft Mwaura beispielsweise, mit der Universität in Juba ein Fernstudium anbieten zu können, und auf lange Sicht möchte sie für verschiedene Studiengänge mit anderen Einrichtungen zusammenarbeiten. „Das wäre die einzige in diesem Bundesstaat existierende tertiäre Bildungsmöglichkeit“, erklärt sie.

## Eine Investition in die Zukunft

### Was Bildung für die Flüchtlinge im Südsudan bedeutet

**Ajuong Thok (Südsudan)/Genf (LWI)** – „Ich bin hier, um zu lernen“, so stellt sich der 18-jährige Mobarak Habil Ibrahim vor. Er hat auf der Flucht vor dem Konflikt in den Nuba-Bergen seine Eltern zurück gelassen. Sein vorläufiges Zuhause ist das Flüchtlingslager Ajuong Thok in Südsudan.

Mobarak weiss nicht, wann er in seine Heimat zurück kann, doch wie seine KlassenkameradInnen ist er fest entschlossen, aus seiner jetzigen Situation das Beste zu machen. „Es hat viele Probleme gegeben. In meinem Land herrscht Krieg, wir wurden von unseren Feinden angegriffen. Also sind wir hierhergekommen, um zu lernen und das zu erhalten, was wir für unsere Zukunft brauchen“, erklärt er.

### Zerstörte Schulen

Der Lutherische Weltbund (LWB) ist als einzige Organisation für Bildung

im Lager Ajuong Thok zuständig. Er betreibt drei Primarschulen, eine Sekundarschule, einen Kinderrechts-Club und sieben Kinderschutzzentren, eine Art Halbtagsbetreuung für Kinder verschiedener Altersstufen. Eines der Zentren wurde für die örtliche Bevölkerung eingerichtet, als diese für sich gleiche Ausbildungsmöglichkeiten wie für die Flüchtlinge forderte.

Das beschleunigte Bildungsprogramm (Accelerated Learning Program, ALP), an dem Mobarak und weitere 1 800 SchülerInnen teilnehmen, ist auf Jugendliche zugeschnitten, denen aufgrund des Konfliktes oder weil sie aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ein Teil ihrer Primarschulbildung fehlt. Das Programm erlaubt es ihnen, aufzuholen und schliesslich zu ihren Gleichaltrigen in die Sekundarstufe zu wechseln.

Bildungsmöglichkeiten sind der Hauptgrund, weshalb Flüchtlinge vom

Flüchtlingslager Yida nach Ajuong Thok umsiedeln. „Für die Bevölkerung aus Nuba ist das sehr wichtig“, erklärt LWB-Bildungskordinatorin Annet Kura. „Durch den Konflikt wurden die Schulen in Kordofan zerstört. Wenn die Schülerinnen und Schüler hierher kommen, sind sie sehr lernbegierig“.

Vormittags hallt der Lärm der über 2 400 Schülerinnen und Schüler in den drei Primarschulen wider, während manche Kinder ihre kleinen Geschwister in die Kinderschutzzentren bringen, wo sie mit Liedern und Spielen das Alphabet und erste Wörter auf Englisch lernen. Der Leiter der Napata-Grundschule hat eine lange Liste offener Lehrerstellen in seinem Büro. Wie die SchülerInnen kommen auch die Lehrkräfte aus Kordofan. Jetzt unterrichten sie auf Englisch und entsprechend dem vom südsudanesischen Bildungsministerium aufgestellten Lehrplan.



ALP-Schülerinnen und Schüler in der Napata-Primarschule, Flüchtlingslager Ajuong Thok, Südsudan.  
Foto: LWB/C. Kästner

## Neue Herausforderungen

Ein Besuch in der Soba-Sekundarschule nach Ende des Schulbetriebs: Trotz der Nachmittagshitze sind die als provisorische Klassenzimmer aufgestellten Zelte voller Jugendlicher, die bei leiser Musik lernen und Hausaufgaben machen. Ein Schüler schreibt seine Notizen aus der Naturkundestunde an die grosse Schultafel, die anderen schreiben sie sorgfältig ab.

Die SchülerInnen sitzen auf handgezimmerten Holzbänken und schreiben auf den Knien. Stille Konzentration hängt in der Luft, Neuankömmlinge setzen sich möglichst leise hin. Einziges Zeichen des Ungehorsams sind mit Filzstift auf die Zeltpläne gekritzelte Sätze wie „Das Leben ist nicht leicht“ oder „Gib niemals auf!“

Wie viele seiner KlassenkameradInnen möchte Mobarak Arzt werden. Seine Lieblingsfächer sind Naturwissenschaften und Mathematik. Andere

möchten LehrerInnen, IngenieurInnen oder PilotInnen werden. „Es gab vieles, was ich zuhause in den Nuba-Bergen noch nicht wusste“, erzählt Mobarak. „Doch als ich hierher kam, habe ich viel gelernt. Hier gibt es Krankenhäuser und Sekundarschulen. Hier ist alles gut.“

Seitdem sich der Konflikt in den Nuba-Bergen zugespitzt hat, ist die Zahl der Flüchtlinge in Ajuong Thok gestiegen. Das ursprünglich für 10 000 Flüchtlinge eingerichtete Lager zählte Mitte Februar 21 000 EinwohnerInnen. Jede Woche kommen 1 000 neue Flüchtlinge hinzu. Laut Schätzungen des UNHCR werden Ende 2015 etwa 40 000 Menschen hier leben, die Hälfte davon Kinder, 43% im Schulalter.

## Etwas bewegen

Es ist am LWB, eine Lösung für diese Herausforderung zu finden. Bereits jetzt sind die Klassenzimmer mit einer

Lehrkraft für 70 bis 100 SchülerInnen überfüllt. „Wir brauchen mindestens doppelt so viele Primarschulen und noch eine Sekundarschule“, erläutert die LWB-Teamleiterin in Ajuong Thok, Anne Mwaura. Die entsprechenden Fördermittel hingegen sind nur schwer zu bekommen.

Aufgrund der schwierigen Sicherheitslage in Südsudan muss alles teuer auf dem Luftweg eingeflogen werden, wodurch die Betriebskosten explodiert sind. Die LKWs, die letztes Frühjahr Schulbänke, Bücher und Spielsachen für die Kinderschutzzentren liefern sollten, sind während der Regenzeit stecken geblieben und müssen nun mühsam die Checkpoints der verschiedenen Konfliktparteien hinter sich bringen.

Trotzdem geht der Unterricht weiter, sogar während der Ferien. „Die Schule hilft auch, die Kinder vor Gefahren zu schützen“, erklärt Mwaura. „Sie beschäftigt die Jugendlichen und bewahrt Mädchen davor, früh schwanger zu werden und Jungen vor Zwangsarbeit und der Rekrutierung in eine der Milizen.“

Malachi Farouk Aballah, Direktor des ALP, hofft, dass er hier die neue Generation für sein Land erzieht. „Das Wissen, was sie hier erwerben, ist sehr wichtig für die Jugendlichen“, sagt er. Anders als der spärliche Besitz vieler Flüchtlinge sei eine gute Schulbildung etwas, was die Jugendlichen anhäufen und überallhin mitnehmen könnten. „Wenn sie einen Abschluss haben, können sie einen guten Arbeitsplatz finden. Vielleicht werden einige als Lehrer ihre Heimat wiederaufbauen.“

# „Gebildete Frauen sind der Schlüssel zu Entwicklung und Frieden“

## Abschluss der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung im Flüchtlingslager Ali Addeh in Dschibuti

**Ali Addeh (Dschibuti)/Genf (LWI)** – „Mein Traum, ein Vorbild für meine drei Töchter zu sein, ist endlich in Erfüllung

gegangen“, sagt Alem Sahay mit einem Lächeln. Sie ist eine von 40 Flüchtlingen in Dschibuti, die gerade ihren Ab-

schluss als Grundschullehrerinnen an der naturwissenschaftlich-technischen Universität Masinde Muliro gemacht

haben. Alle Absolventinnen und Absolventen sind Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern Ali Addeh und Hol Hol, in denen der Lutherische Weltbund (LWB) Unterstützung in den Bereichen Bildung und Kinderschutz leistet.

Alemsahay kam 1992 im Alter von 17 Jahren in das Flüchtlingslager Ali Addeh, als sie gerade die 12. Klasse beendet hatte. „2011 begann ich als Erzieherin beim LWB. Ich denke, das war der Moment wo sich eine Tür für mich geöffnet hat. Ich habe diese grossartige Gelegenheit bekommen, meine Fähigkeiten und Kenntnisse als Pädagogin weiter zu entwickeln“, sagt sie. „Erzieherin zu sein, war ein Wendepunkt in meinem Leben, eine Chance, die mich dahin gebracht hat, wo ich heute stehe.“

## Ein Vorbild

Einen Universitätsabschluss zu besitzen, gibt Alemsahay Selbstsicherheit und innere Stärke. „Zu Beginn der Lehrerausbildung war ich nicht sicher, ob ich das schaffe. Der auf Englisch gehaltene Unterricht erschien mir sehr komplex und dicht, doch ich glaube, mein beharrliches Streben hat mit der Unterstützung Gottes dazu geführt, dass ich Erfolg hatte“, erklärt sie. „Die Tatsache, dass meine drei Töchter an mich glaubten, hat meine Entschlossenheit genährt. Sie haben einfach erwartet, dass ich im Leben Erfolg habe, damit ich ihr Vorbild sein, für sie sorgen und ihre Zukunft sichern kann.“

„Meine Älteste hat sich schon vorgenommen, in den nächsten fünf Jahren ihren Hochschulabschluss zu machen, um mich zu überholen“, erzählt sie weiter. „Sie geht in die 8. Klasse der Wadajir-Grundschule im Flüchtlingslager Ali Addeh.“

„Es war wunderbar, dort zu sein und zu sehen, wie die gesamte Flüchtlingsgemeinschaft die Absolventinnen

und Absolventen unterstützt hat, und wie Kinder erleben durften, dass ihre Lehrerinnen und Lehrer als ‚echte Lehrerinnen und Lehrer‘ anerkannt wurden“, sagt Lennart Hernander, LWB-Vertreter in dem Programm für Kenia und Dschibuti. „Wir sind sicher, dass es unter den Flüchtlingen viele gab, die dachten: Ich will auch an die Universität gehen und dort einen Abschluss machen. Was die können, kann ich auch!“

UNICEF und die Schwedische Kirche/Sida waren die grössten Finanzierungspartner bei diesem Projekt. „Wir möchten auch unsere technische Ausbildungsberaterin, Hellen Choge, und den ehemaligen leitenden Bildungsbeauftragten und jetzigen Projektkoordinator in Kakuma, Collins Onyango, erwähnen. Diese beiden haben den Grundstein für das Programm gelegt, als sie 2009 im LWB-Flüchtlingslager Kakuma arbeiteten“, fügt Hernander hinzu.

## „Jeder Mensch hat das Potential, zu lernen“

Nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Hochschulausbildung begann Alemsahay, Geld zu sparen, um einen

Unterrichtsraum in ihrem Abschnitt des Flüchtlingslagers zu bauen. Sie will den Müttern dort helfen, zu lernen, denn sie ist überzeugt, dass „gebildete Frauen der Schlüssel zu Entwicklung in der Gemeinschaft und zu Frieden für eine Welt voller Konflikte sind“.

Alemsahay glaubt, dass Bildung Frauen hilft, Chancen zu ergreifen, von denen sie und ihre Familien profitieren können, indem sie sie fit für den Arbeitsmarkt macht und ihnen hilft, ihre Bürgerrechte und ihre Rechte in der Familienplanung zu verstehen.

„Jeder Mensch ist intelligent und hat das Potential, zu lernen“, sagt sie abschliessend. „Ich danke dem LWB, dass er an mich geglaubt hat, mich begleitet hat und mir geholfen hat, meinen Traum wahr werden zu lassen.“

Der LWB unterstützt Flüchtlinge aus Somalia und dem Südsudan in Kenia und Dschibuti in den Bereichen Bildung, Kinderschutz, Menschen mit Behinderung und Gemeinschaftsdienste.

*(Beitrag von Robai Naliaka, Koordinatorin, LWB Kenia-Dschibuti)*



Absolventinnen und Absolventen mit ihren Diplomen bei der Abschlussfeier. Foto: LWB/Kenia-Dschibuti

**LWI-Nachrichten finden Sie online unter: [www.lutheranworld.org](http://www.lutheranworld.org)**

# LWB-Projekt stärkt Frauen in Haiti

## Kapazitätsaufbau und Bewusstsein für Menschenrechte in Macaya

**Macaya (Haiti)/Genf (LWI)** – Eimer voller Butter, Tomaten- und Maisdosen, Ölkannister, Pflanzensamen und grosse weisse Säcke voller Getreide: Der Gemeinschaftsladen in Despaigne hat Einiges anzubieten. „Es ist das erste Mal, dass wir eine so grosse Waren- und Geldmenge verwalten“, erzählt eine der Leiterinnen der Frauengruppe. „Mit dem Laden generieren wir Einkommen. Mit einem Teil des Gewinns konnten wir bereits 16 Schafe für die Ärmsten in unserer Gruppe kaufen.“

Der Laden gehört zu dem vom LWB umgesetzten Projekt „Kapazitätsaufbau und Verbesserung der sozioökonomischen Lage von Frauen auf dem Land in Haiti“. Ziel des von FinnChurchAid finanzierten Projektes ist es, die Einflussmöglichkeiten, Entscheidungsfähigkeiten und den

sozioökonomischen Status der Frauen in ihrer jeweiligen Gemeinschaft zu verbessern.

Die Initiativen des Projektes kamen bereits über 320 Frauen in Macaya zugute. Zu den Aktivitäten gehören Alphabetisierungskurse in speziell dafür eingerichteten „Alpha-Zentren“, Massnahmen zu Bewusstseinsbildung, Ausbildung von Frauen für Führungsfunktionen, im Bereich Menschenrechte und Bürgerbeteiligung.

### Schule und Schulbücher bezahlen können

Der Gemeinschaftsladen wird unterstützt durch Schulungen in Buchhaltung und Handel. Die Frauen lernen, den Markt zu analysieren, den besten Zeitpunkt für den Verkauf von Produk-

ten zu bestimmen und schliesslich mit ihrem Geschäft Gewinn zu machen.

Ferner gibt es ein Ziegenzucht-Projekt für Frauen in prekären Situationen. „Während des Schuljahrs im September 2014 habe ich eine Ziege verkauft. Mit dem Erlös konnte ich die Schule für meine Kinder bezahlen und ihnen Uniformen und Schuhe kaufen“, berichtet Latigot, Mutter von sieben Kindern.

Für manche Initiativen ist es noch zu früh, um etwas über den Erfolg sagen zu können. Die Schulungen auf den Gebieten Menschenrechte und Bürgerbeteiligung wurden von den Teilnehmenden geschätzt und sie haben vor, ab jetzt ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Eine 40-jährige Mutter von 10 Kindern hält die Ausbildung in reproduktiver Gesundheit für besonders wichtig, selbst wenn das für sie nicht mehr aktuell ist: In ihrem Kontext gehört sie mit 40 bereits zu den Senioren.

Die Mehrheit der Teilnehmenden hat betont, wie sehr das Alphabetisierungsprogramm ihr Leben verändert hat. So konnte eine junge Frau, die nie die Schule besucht hatte, nach dem Besuch der Kurse im Alpha-Zentrum in der 3. Primarstufe eingeschult werden.

„Im Juni habe ich geheiratet“, erzählt eine andere Frau. „Mein Mann ist Analphabet. Da er den Trauschein nicht lesen konnte, habe ich für uns beide unterschrieben. Danach hat er sich auch in einem Alpha-Zentrum angemeldet“.



Eine Frau im Gemeinschaftsladen in Despaigne. Foto: LWB Haiti/H. Enge



LUTHERISCHER  
WELTBUND

Lutherischer Weltbund  
– Eine Kirchengemeinschaft  
Route de Ferney 150, Postfach 2100  
1211 Genf 2, Schweiz  
Tel. +41.22/791.61.11  
Fax +41.22/791.66.30  
E-Mail [info@lutheranworld.org](mailto:info@lutheranworld.org)  
[www.lutheranworld.org](http://www.lutheranworld.org)